

# Dialog aktuell Nr. 06/2020\_KW23\_PM

## Rundbrief des Verein Dialogforum Flughafen Wien

Ausgabe Juli 2020 – Nr. 06/2020\_KW23\_PM – Pressemeldungen

*Sehr geehrte Damen und Herren!*

*Im Teil „Dialog aktuell Nr. 06/2020\_KW23\_PM“ finden Sie einen groben Überblick über die nationale und internationale Presse- und Medienberichterstattung zu flugverkehrsrelevanten Themen während der Coronakrise.*

*Wir befinden uns in der Phase des schrittweisen Hochfahrens unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die Lockerungen werden zunehmend mehr, trotzdem sind aber wohl auch noch länger viele Vorgaben der Bundesregierung einzuhalten, was die persönlichen Kontakte und das Verhalten in der Öffentlichkeit anlangt. Wir werden sehen, wie lange es dauern wird, bis wir unsere persönlichen Gewohnheiten wieder zu solchen werden lassen können.*

*Auch im Flugverkehr werden national und international die ersten Schritte zum Hochfahren des Flugbetriebs gesetzt, die AUA wird erstmals ab Mitte Juni schrittweise den Flugbetrieb aufnehmen. Wie sich der Flugverkehr in den kommenden Wochen entwickeln wird, ist kaum vorhersehbar, ich werde Sie aber weiterhin mit Dialog aktuell und auch auf der Website des Dialogforums [www.dialogforum.at](http://www.dialogforum.at) im Bereich „Flugverkehr“ auf dem Laufenden halten.*

*Bleiben Sie gesund und wenden Sie sich gerne per E-Mail oder auch telefonisch an mich, wenn Sie Fragen zum Flugverkehr bzw. Flugbetrieb und seinen Auswirkungen haben. Ich werde versuchen, Sie auch in diesen für viele von uns schweren Zeiten bestmöglich zu informieren.*

*Mit besten Grüßen Ihr*

*Wolfgang Hesina*

## Berichterstattung von Presse und Medien zur Coronakrise und der Situation in der Flugverkehrswirtschaft

Stand: Dienstag, 2. Juni 2020

### Vorbemerkungen:

Dialog\_aktuell Nr. 06/2020\_KW23\_PM dokumentiert auf Basis der nationalen und internationalen Berichterstattung die Entwicklungen im Bereich der Flugverkehrswirtschaft während der Coronakrise vom Dienstag, 19. Mai 2020 bis einschließlich Montag, 1. Juni 2020. Die Informationen stammen aus den unterschiedlichsten Quellen aus dem Bereich Presse und Medien, sind nach Tagen geordnet, um die Entwicklung der Detailthemen nachverfolgen zu können und nach österreichischen und internationalen Themen sortiert.

Der Blick in unser internationales Umfeld und die dortigen Entwicklungen im Flugverkehrssektor soll es ermöglichen, die Geschehnisse und Entwicklungen in Österreich im Vergleich zu sehen und einzuschätzen, wie gut oder schlecht wir in Österreich in der Krisenbewältigung im Bereich der Flugverkehrswirtschaft agieren.

Die zwei Wochen, über die Sie sich in dieser Ausgabe von Dialog\_aktuell über die Entwicklungen in der nationalen und internationalen Flugverkehrswirtschaft informieren können, waren in Österreich geprägt von den Verhandlungen über die staatlichen Hilfen für die AUA sowie über die Diskussionen über einen billigeren Kollektivvertrag bei Laudamotion, um die Schließung der Laudamotion-Basis in Wien zu verhindern. International dominierte die Berichterstattung über die Verhandlungen zum Rettungspaket für die Lufthansa und anderer Airlines sowie über die Situation an den Flughäfen.

### Berichterstattung über den Zeitraum 19. Mai – 1. Juni 2020

#### Montag, 1. Juni 2020

##### Österreich:

- **Flughafen Wien / Laudamotion** - Die Piloten und Flugbegleiter von Laudamotion wollen am Dienstag nach dem Scheitern der KV-Verhandlungen mit einer Demonstration in Wien auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam machen. Die Hoffnung ist, dass dadurch vielleicht doch noch eine Einigung zwischen der Gewerkschaft vida und der Wirtschaftskammer kommt und die Schließung der Basis in Wien damit verhindert werden kann. Im Fall der Schließung würden rund 500 Leute ihre Jobs verlieren - 300 bei Laudamotion und 200 Leiharbeiter. Die betroffenen Piloten und Flugbegleiter sehen im Fall einer Schließung keine berufliche Perspektive mehr und üben heftige Kritik an der Verhandlungsführung der Gewerkschaft vida.

Laudamotion hatte im Verhandlungsverlauf sein Angebot nachgebessert und bot - ohne die flugabhängige Bezahlung - mit einem garantiert auszuzahlenden Einkommen von 19.200 Euro pro Jahr um 65 Euro mehr als die derzeitige Armutsgrenze. Bei normalem Flugbetrieb würden die Gehälter auf rund 1.800 Euro im Monat steigen. Vida wirft der Wirtschaftskammer eine irreführende Darstellung vor, in Wahrheit sei nur ein monatliches Fixum von 1.000 Euro geboten, wenn die Flugbegleiter allerdings urlaubs- oder krankheitsbedingt auf weniger Flugstunden kämen, würde der Differenzbetrag nur im Nachhinein ausbezahlt und damit das unternehmerische Risiko auf die Belegschaft abgewälzt.

##### Internationales:

- **Ukraine / Flugbetrieb** - Die Ukraine plant die Flugverbindungen ins Ausland in zwei Wochen wieder aufnehmen, auch Wien soll ab dem 16. Juni wieder angefliegen werden. In Österreich gilt derzeit noch ein Landeverbot für Flugzeuge aus der Ukraine bis 14. Juni.

Neben Zielen in Deutschland, darunter Berlin, Nürnberg, Hannover und Bremen, wollen die Fluglinien Belavia, LOT und Wizzair vor allem wieder Verbindungen in Urlaubsregionen wie Zypern, Türkei, Griechenland und Georgien bieten. Die Inlandsflüge könnten bereits etwas früher starten.

Einreisende müssen sich entweder in eine 14-tägige Selbstisolation begeben oder einen Schnelltest auf eine Coronavirus-Infektion am Flughafen bestehen.

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Der Lufthansa-Aufsichtsrat hat nach intensiven Diskussionen grünes Licht für das staatliche Rettungspaket gegeben, nachdem sich die deutsche Regierung mit der EU-Kommission auf die Abtretung von Start- und Landerechten geeinigt hatte. Am 25. Juni sollen auch die Aktionäre in einer außerordentlichen Hauptversammlung das Rettungspaket billigen, der Aufsichtsrat empfiehlt den Aktionären den Weg mitzugehen.  
Die Lufthansa wird ihre Kapazitäten unausweichlich, aber möglichst sozialverträglich abgedeckt reduzieren müssen. In Frankfurt und München sollen bis zu vier Flugzeuge abgegeben werden. An die Maschinen sind täglich je drei Slots gebunden, die für eineinhalb Jahre nur neuen Wettbewerbern zur Verfügung stehen. Macht kein neuer Wettbewerber von den Slots Gebrauch, können auch vorhandene Bewerber diese Option nutzen. Die Lufthansa erwartet, dass es Jahre dauern wird, bis die Luftfahrtbranche wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Über die erforderlichen Maßnahmen in Deutschland werde die Lufthansa mit den Gewerkschaften Verdi, Vereinigung Cockpit und UFO bei einem Spitzengespräch beraten.
- **Italien / Flugbetrieb** - Die italienische Flugverkehrswirtschaft hat in drei Monaten 45 Mio. Passagiere verloren. Staatliche Stützungsmaßnahmen zur Rettung von tausenden Jobs seien dringend notwendig. Die italienische Transport- und Logistikbranche beklagt Verluste in Höhe von 1,8 Mrd. Euro, trotzdem sie vom „Shutdown“ nicht betroffen war.
- **Malta / Flugbetrieb** - Der Flughafen von Malta will am 1. Juli wieder öffnen. "Der Tourismus macht fast ein Viertel der Wirtschaft auf Malta aus, dementsprechend drängten die Hoteliers die Regierung seit geraumer Zeit, den Flughafen wieder zu eröffnen, da ansonsten Massenarbeitslosigkeit drohe.

## Sonntag, 31. Mai 2020

### Internationales:

- **Deutschland / Air Berlin / Insolvenzverfahren** - Die Kündigungen der früheren Air Berlin Beschäftigten sind unwirksam und trotzdem dürfen die ehemaligen Beschäftigten der insolventen Airline nicht auf eine Entschädigung hoffen, da die Insolvenzmasse dafür nicht ausreichen dürfte. Air Berlin hatte im August 2017 zum Zeitpunkt der Insolvenz 8.600 Mitarbeiter, darunter ca. 3.500 Flugbegleiter und 120 Piloten. Nun musste die Masse-Unzulässigkeit beim Insolvenzgericht angemeldet werden, da die Forderungen der Beschäftigten das, was von Air Berlin noch zu holen ist, übersteigt. Im Insolvenzverfahren werden andere Gläubiger wie die Banken, Finanzbehörden und die Arbeitsagentur zuerst bedient.

## Samstag, 30. Mai 2020

### Internationales:

- **Deutschland / Belgien / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission konnten sich auf Auflagen für die Rettung der Lufthansa einigen. Lufthansa solle Start- und Landerechte in Frankfurt am Main und in München abgeben und hat die Auflagen akzeptiert. Nun müssen Aufsichtsrat und Aktionäre zustimmen. Die Airline wird Slots von bis zu vier Maschinen mit jeweils drei Rotationen am Tag in Frankfurt und München zumindest für eineinhalb Jahre nur an neue europäische Wettbewerber abgeben, wenn diese Flughäfen dort wieder "überfüllt" seien. Die Slotabgabe erfolgt in Form eines Bieterverfahrens, die Mitbewerber dürfen selbst keine wesentliche staatliche Rekapitalisierung in Anspruch genommen haben.

Damit könnten die Slots an Ryanair und Easyjet gehen, der Vize-Fraktionschef der Linken, Fabio Di Masi, kritisierte, dass die EU-Kommission damit "*Dumping am Himmel*" fördere, Ryanair sei bei Beschäftigtenrechten so etwas wie "*der Schlachthof der Lüfte*".

Die Bundesregierung hat die geplante Staatshilfe für Lufthansa bisher nicht offiziell in Brüssel angemeldet, die Einigung sei ein wichtiger Zwischenschritt, die Gespräche mit der EU Kommission zur beihilferechtlichen Genehmigung dauern an. Der Aufsichtsrat der Lufthansa hatte vor wenigen Tagen vor einer "Schwächung der Drehkreuzfunktion" an den Heimatflughäfen gewarnt und dem Rettungspaket daher zunächst die Zustimmung verweigert. Nun müsse „zeitnah“ eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen werden, um die Zustimmung der Aktionäre einzuholen.

## **Freitag, 29. Mai 2020**

### **Österreich:**

- **Flughafen Wien / KV-Verhandlungen / Laudamotion** - Die KV-Verhandlungen bei Laudamotion sind gescheitert, die betroffenen Piloten und Flugbegleiter sehen nun keine berufliche Perspektive und machen die Gewerkschaft *vida* für die anstehende Schließung der Lauda-Basis verantwortlich. Durch Massenentlassungen in der Flugverkehrswirtschaft suchen so viele Menschen einen neuen Job, dass es für die Lauda-Mitarbeiter sehr schwer werden wird, irgendwo unterzukommen." Schockierend sei, dass trotz massiven Nachbesserungen die Gewerkschaft *vida* die Zustimmung zum neuen Kollektivvertrag verweigert habe, Mitarbeiter und Mitglieder der Gewerkschaft seien überhaupt nicht gefragt worden. Laudamotion habe eine "Serie an dramatischen Last-Minute-Zugeständnissen gemacht und restriktive Klauseln entfernt", betonte die Billigfluglinie, den Flugbegleitern hätte man ein Mindesteinkommen von 19.200 Euro brutto pro Jahr garantiert. Die Laudamotion-Geschäftsführung hat auch Kanzler Kurz (ÖVP) um Hilfe gebeten, um die Jobs und die Existenzen von Familien und Kindern zu retten.

Um die Arbeitsplätze der Laudamotion-Beschäftigten in Wien zu erhalten und einen neuen Kollektivvertrag zu erarbeiten, fanden rund 15-stündige Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft *vida* und der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) statt, die in den Nachtstunden ohne Ergebnis abgebrochen wurden. Laudamotion hatte angekündigt, vorzeitig die Kurzarbeitsförderung zu beenden und die Basis am Flughafen Wien zu schließen, wenn die Beschäftigten nicht auf weite Teile ihres Einkommens verzichten.

*Vida*-Chef Roman Hebenstreit verteidigte die Ablehnung des Kollektivvertrags damit, dass ein Grundgehalt unter der Armutsschwelle inakzeptabel sei und der KV auch rechtswidrige Bestimmungen enthalte. *Vida* habe einen Kompromissvorschlag - ein Grundgehalt über der Armutsgrenze für Flugbegleiter sowie eine Reduktion der Einkommensverluste bei den Co-Piloten durch Umschichtungen innerhalb aller Gehälter ohne zusätzliche Kosten für Laudamotion - vorgelegt, Wirtschaftskammer und die Airline habe dies jedoch nicht angenommen. Hebenstreit vermutet, dass Ryanair den Abzug aus Wien schon länger geplant hat und forderte die Unternehmensführung und die WKÖ auf, mit Kurzarbeit und anderen Maßnahmen den Kostendruck zu reduzieren und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Für NEOS-Wirtschaftssprecher Schellhorn sei es absurd, dass bei den Verhandlungen von Laudamotion auch ein AUA-Betriebsrat dabeigesessen sei, dies sei nicht nachvollziehbar und höchst obskur. Schellhorn bezweifelt, dass alle wirklich ernsthaft an einem positiven Abschluss interessiert seien, es könnte in niemandes Interesse sein, dass am Ende 300 Jobs am Standort Wien in Gefahr seien. Arbeitsministerin Aschbacher müsse einen runden Tisch einberufen und die Gewerkschaft müsse sich noch einmal an den Tisch setzen, um eine Lösung zu finden.

Einige Laudamotion-Flugzeuge wurden allerdings bereits nach Deutschland, Großbritannien und Spanien ausgeflogen, die 300 betroffenen Piloten und Flugbegleiter, 70 Angestellten der Lauda-Zentrale sowie 200 Crewlink-Leiharbeiter wurden beim AMS von der Kurzarbeit abgemeldet und zur Kündigung angemeldet. Ryanair will mit drei Boeing 737 in Wien bleiben und Wien-Strecken von anderen Basen aus bedienen.

## Internationales:

- **Belgien / Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Deutsche Bundesregierung und EU-Kommission haben sich auf Eckpunkte für ein Rettungspaket für die Lufthansa geeinigt. Der Kompromiss sehe vor, dass Lufthansa insgesamt acht Flugzeuge mit den dazugehörigen 24 Start- und Landerechten abgeben soll. Es sei ein Zwischenschritt, die Verhandlungen seien aber noch nicht abgeschlossen. Brüssel muss den geplanten milliardenschweren Staatshilfen zustimmen. Die Vizepräsidentin der Kommission Vestager betonte, dass es darum gehe, Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.
- **Deutschland / Laudamotion** - Mehr als 200 Piloten und Flugbegleiter von Laudamotion warten in Stuttgart und Düsseldorf auf ihr Mai-Gehälter, die nötigen Mittel seien nicht vorhanden, so die Airline. Die Ryanair-Tochter teilte den Mitarbeitern in einem Brief mit, man habe nicht die nötigen Mittel. Laudamotion habe in den vergangenen zwei Jahren rund 200 Mio. Euro verloren, die Bundesagentur für Arbeit in Würzburg habe den Antrag auf Kurzarbeit abgelehnt, die Airline dagegen Rechtsmittel eingelegt.  
In Wien soll die Laudamotion-Basis geschlossen werden, obwohl It. Airline ein Großteil der Mitarbeiter den Kürzungen bereits zugestimmt habe. Betroffen sind 300 Piloten und Flugbegleiter, inklusive Leiharbeitsfirmen geht es in Wien um mehr als 500 Arbeitsplätze.
- **Deutschland / Belgien / staatlich Hilfen / Lufthansa** - Die EU-Kommission verteidigt ihre geforderten Auflagen für das Lufthansa-Rettungspaket. Es sollen keine Hindernisse geschaffen, sondern Wettbewerbsverzerrungen verhindert werden. Wann die Gespräche abgeschlossen werden können, kann derzeit nicht gesagt werden. Start- und Landerechte seien für den Wettbewerb wichtig, wer konkurrieren will, braucht Slots an einem Flughafen.  
Der staatliche Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) soll im Rahmen des Rettungspakets für die Lufthansa im Zuge einer Kapitalerhöhung Aktien erwerben, um eine 20%-ige Beteiligung am Grundkapital der Fluggesellschaft aufzubauen. Weitere Bestandteile der staatlichen Hilfe sind stille Einlagen von bis zu 5,7 Mrd. Euro und ein Kredit von bis zu 3 Mrd. Euro. Es stehen zehntausende Arbeitsplätze auf dem Spiel, der Aufsichtsrat der Lufthansa hat dem Rettungspaket wegen der möglichen Auflagen der EU-Kommission noch nicht zugestimmt.  
Deutsche Politiker fordern die EU-Kommission schon seit Tagen zum Einlenken und zu einem unkomplizierten Agieren wie im Fall von Air France oder Alitalia auf. Die EU-Kommission verweist auf den Unterschied zwischen der geplanten Liquiditätsbeihilfe für die Lufthansa und Krediten für Alitalia und Air France, auf den Verweis von Lufthansa Personalvertretern auf „prekäre Arbeitsverhältnisse“ bei den konkurrierenden Billigfluglinien, die Nutznießer von Lufthansa-Slots werden könnten, reagiert die EU-Kommission nicht.
- **Schweiz / staatliche Hilfen / Easyjet** - Easyjet-Europa-Chef Haagensen hofft nach wie vor auf baldige staatliche Hilfe durch das Schweizer Hilfspaket und kann nicht nachvollziehen, dass Easyjet dabei leer ausgehen soll. Die rasche Reaktion von Easyjet auf die Coronakrise zur Sicherung einer gesunden Liquidität dürfe kein Nachteil sein.

## Donnerstag, 28. Mai 2020

### Österreich:

- **Flughafen Wien / Flugbetrieb / AUA** - Austrian Airlines plant - vorbehaltlich neuer behördlicher Beschränkungen - ab dem 15. Juni wieder Linienflüge durchzuführen. Insgesamt sollen 37 Destinationen angefliegen werden, was einem Zwanzigstel der Flüge vor der Coronakrise entspricht. Langstreckenflüge sind nicht darunter, dazu muss zuerst genügend Zubringerverkehr aufgebaut werden, was schon im Juli der Fall sein könnte. In der ersten Flugwoche werden neben London, Paris und Brüssel auch Amsterdam, Athen, Basel, Berlin, Bukarest, Dubrovnik, Düsseldorf, Frankfurt, Genf, Hamburg, Kopenhagen, Larnaka, München, Pristina, Sarajevo, Skopje, Sofia, Stockholm, Stuttgart, Tel Aviv, Thessaloniki, Tirana, Varna und Zürich angefliegen.

In der zweiten Woche, ab dem 22. Juni, kommen Belgrad, Graz, Innsbruck, Kiew, Košice, Mailand, Nizza, Prag, Split und Warschau dazu. Der Juli-Flugplan steht noch nicht.

Der Neustart bedeutet noch keine Rettung der AUA, die mit dem österreichischen Staat weiter über Hilfen von bis zu 767 Mio. Euro verhandelt. Die Rettung der Lufthansa in Deutschland hängt ebenfalls noch in der Luft.

Die Passagiere sind an Board verpflichtet, ihre selbst mitgebrachte Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. An den Schaltern seien Plexiglasscheiben angebracht, die Sicherheitskontrollen dürften wegen der Hygienevorschriften zu längeren Wartezeiten führen. Sitze werden an Bord nicht freigehalten, Klimaanlage, die Standards wie in klinischen Operationssälen entsprechen, reduzieren das Infektionsrisiko auf ein geringes Maß. Die Luftströmung in Flugzeugen findet von oben nach unten statt, eine Verteilung der Luft zwischen den Sitzreihen sei deshalb unwahrscheinlich, so die Airline.

Auch Laudamotion hatte im März den Flugbetrieb eingestellt, die Fluglinie wird wahrscheinlich ihre Basis in Wien schließen und die Flüge ab Wien von Ryanair übernommen werden. Wizz Air hatte bereits ab dem 1. Mai vereinzelt Flüge ab Wien durchgeführt, musste aber einen Großteil der geplanten Strecken wieder absagen.

### **Internationales:**

- **Frankreich / Flughafen Orly**- Der Pariser Flughafen Orly nimmt Ende Juni wieder den Betrieb auf. Ab dem 26. Juni sollen wieder Linienflüge unter der Voraussetzung stattfinden, dass bis dahin die Einschränkungen des Flugverkehrs innerhalb des Schengen-Raums wieder aufgehoben würden. Mit Spezialkameras wollen die Flughafenbetreiber die Temperatur bei den Passagieren messen, die auch eine Selbsterklärung abgeben sollen, dass sie keine Corona-Symptome haben.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Die EU-Kommission scheint das zwischen deutscher Regierung und Lufthansa ausgehandelte Rettungspaket über 9 Mrd. Euro nicht einfach durchwinken zu wollen und verlangt mehr Wettbewerb am Lufthansa-Heimatmarkt. Die Lufthansa verfügt aufgrund der historisch gewachsenen Start- und Landegenehmigungen zu attraktiven Zeiten über eine besonders starke Position am Heimatmarkt. So liegt der Lufthansa-Anteil in Frankfurt und München bei jeweils rund zwei Drittel aller Slots und die will die EU-Kommission nun reduzieren. Diese Forderung gefährdet lt. Lufthansa aber unnötigerweise ein schnelles Wiedererstarken der Lufthansa. Die Lufthansa sammelt – ähnlich wie Air France/KLM und British Airways – für ihre Heimatdrehkreuze in ganz Europa Passagiere ein, um die Langstrecken hubs nach Asien und Amerika zu bedienen.  
Die Gespräche haben schon begonnen, ausgehend von 80 Slots soll die EU-Kommission nun noch eine Reduktion von 50 Slots einfordern, die Lufthansa sei bereit, temporär auf 3 Start- und Landepaare zu Gunsten von Airlines zu verzichten, die keine Coronahilfe in Anspruch genommen haben. Die Lufthansa könnte sich auch eine Reduktion der direkten Staatsbeteiligung vorstellen, im deutschen Diskussionsprozess hat es aber schon in der vorhandenen Lösung Kritik wegen zu geringer Kontrollbefugnisse etc. gegeben. Von einer Slotabgabe könnten die Wizz Air, Easyjet oder auch Ryanair profitieren. Ryanair-Chef O’Leary erhöhte mit Klagsdrohung gegen die staatlichen Hilfen den Druck auf die EU-Wettbewerbschüter, die deutschen Gewerkschaften sind empört, dass gute Lufthansa-Jobs gegen unsichere Jobs bei Billigfliegern getauscht werden könnten. Berater rechnen allerdings nach intensiven Verhandlungen trotzdem mit einem tragfähigen Kompromiss, der die Zukunft der Lufthansa sichert und mit dem alle Seiten leben können.
- **Großbritannien / Flugverkehr / Easyjet** - Easyjet will tausende Arbeitsplätze streichen, 4.500 der 15.000 Jobs (30%) stehen auf der Kippe. Begründet wird die Maßnahme damit, dass die Nachfrage nach Flugtickets nicht vor 2023 das Niveau von 2019 erreichen werde. Mit einem normalen Reisesommer sei heuer nicht zu rechnen, ab 15. Juni will das Unternehmen vor allem auf Strecken innerhalb Großbritanniens durchstarten. Trotzdem dürfte das Flugangebot im 3. Quartal 2020 immer noch ca. 70% unter dem Vorjahresniveau liegen. Um die Ansteckungsgefahr zu minimieren, sollen Passagiere, Besatzung und das Bodenpersonal Masken tragen.  
Easyjet hat sich bereits frische Kredite beschafft, eigene Flugzeuge verkauft und sollen zurückgemietet werden. Die Maßnahmen sollen rund 2,2 Mrd. Euro an zusätzlicher Liquidität bringen. Easyjet verliert derzeit 30 bis 40 Mio. Pfund pro Woche.

Auch British Airways und die Ryanair haben angekündigt 15.000 Arbeitsplätze zu streichen. Bei der Lufthansa sind rund 10.000 Mitarbeiter überzählig, wenn die Flotte um 100 Flugzeuge verkleinert wird. Die Lufthansa baut auf ein 9 Mrd. Euro schweres Rettungspaket der deutschen Regierung, der Aufsichtsrat vertagte allerdings wegen absehbarer Auflagen der EU-Kommission am Mittwoch seine Zustimmung zu dem Vorhaben.

Easyjet soll Ende des Geschäftsjahres 2021 noch 302 Maschinen haben, nachdem die .Airline im März über 337 Flugzeuge betrieben hatte und ihre Flotte eigentlich weiter ausbauen wollte. Bei Airbus bestellte 24 Flugzeuge werden erst später abgenommen.

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Die deutsche Regierung rechnet erst nach Pfingsten mit einem Ergebnis bei den Verhandlungen mit der EU-Kommission über das Lufthansa-Rettungspaket. Am Mittwoch hatte die Lufthansa die Entscheidung zur Annahme des staatlichen Rettungspakets vertagt, da die EU-Kommission mögliche Auflagen zu Start- und Landerechten an verschiedenen Flughäfen prüft. Der Vorsitzende der Monopolkommission der deutschen Regierung, Wambach, rief das Lufthansa-Management zum Einlenken auf, sei doch die Wettbewerbsdynamik am deutschen Flugmarkt seit dem Ausscheiden von Air Berlin mangelhaft.

Verkehrsminister Scheuer (CSU) äußerte heftige Kritik an der EU-Kommission und forderte die Gleichbehandlung der Lufthansa mit anderen strauchelnden Fluggesellschaften. Der bayerische Ministerpräsident Söder (CSU) forderte die EU-Kommission dazu auf, sich auf das, was wirklich wichtig ist zu konzentrieren, eine Reduktion der Start- und Landerechte der Lufthansa zugunsten von Billigfliegern sei dabei nicht sehr glücklich.

Der Sprecher der EVP-Fraktion im Wirtschafts- und Währungsausschuss im Europäischen Parlament Ferber (CSU) forderte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dazu auf, sie solle ihre Vizepräsidentin einbremsen. Man brauche eine global agierende Fluggesellschaft in Europa, nicht nur Zubringerflüge zu staatlich subventionierten asiatischen Fliegern. Auch die deutsche Bundeskanzlerin Merkel (CDU) hat dagegen bereits entschlossenen Widerstand angekündigt.

Der Aufsichtsrat sieht in dem Rettungspaket über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds WSF die einzige Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und verzichtete zunächst darauf, eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, die über Kapitalmaßnahmen abstimmen müsste.

Deutsche Gewerkschaften sehen tausende tarifgebundene Arbeitsplätze in Gefahr und werfen den Iren vor, die Krise zum Sozialdumping zu missbrauchen. Ryanair wolle beispielsweise bei der Tochterfluglinie Malta Air die Tarifverträge unterlaufen und bis zu 1.200 Kabinenbeschäftigte entlassen, um anschließend die teils seit mehr als zehn Jahren dort Beschäftigten zu Dumping-Konditionen wieder neu einzustellen. In Wien soll sogar die Basis nach einem heftigen Streit mit der Gewerkschaft Vida geschlossen werden. Laudamotion informierte die Belegschaft in Deutschland, dass im Mai keine Gehälter ausgezahlt werden können.

Die Kabinengewerkschaft Ufo warnte vor zu harten EU-Auflagen bei der Lufthansa-Rettung, wie der Abgabe von Start- und Landerechten. Eine "Bürgerbewegung Finanzwende" fordert mehr Steuertransparenz bei der Lufthansa, Aktivitäten in Schatten-Finanzzentren machen es sehr wahrscheinlich, dass Gewinne dorthin verlagert werden, um Steuern in Deutschland zu sparen, eindeutige Belege dafür gebe es aber nicht.

## Mittwoch, 27. Mai 2020

### Österreich:

- **Flughafen Wien / Laudamotion** - Die Wirtschaftskammer (WKÖ) hat der Gewerkschaft vida Gespräche in der Causa Laudamotion für morgen Donnerstag angeboten, nachdem die Wirtschaftskammer am 19. Mai grünes Licht für den billigen Laudamotion-KV gegeben hatte, da ansonsten nur die Perspektive der Schließung der Laudamotion-Basis in Wien als Alternative vorhanden sei. Vida lehnt den von Laudamotion ultimativ vorgelegten Kollektivvertrag ab, da damit Nettolöhne unter der Mindestsicherung möglich wären.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA / SPÖ** - SPÖ-Industriesprecher Wimmer betonte in der Budgetdebatte, dass die SPÖ zur Staatshilfe für die AUA "unter klaren Bedingungen und Auflagen" stehe. Zu diesen gehören eine Standortgarantie für den Flughafen Wien als Drehkreuz, der Erhalt der Arbeitsplätze ohne Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und eine Beteiligung der öffentlichen Hand. Scharfe Kritik übte Wimmer an Ryanair/Laudamotion weil diese die ArbeitnehmerInnen ausbeute und einschüchtere. Das Verhalten von Ryanair sieht Wimmer als Provokation, der Umgang mit den MitarbeiterInnen sei "*perfide und schändlich*", die Gewerkschaft könne dem billigen KV nicht zustimmen. Unbegreiflich sei die sofort erfolgte Unterschrift der Wirtschaftskammer, verantwortlich sei Wirtschaftskammerpräsident Mahrer, dessen Vorgänger den KV in dieser Form nicht hätte durchgehen lassen.
- **Steiermark / Arbeiterkammer** - Der VKI unterstützt Konsumenten kostenlos dabei, die Rückerstattung des Ticketpreises bei den Fluggesellschaften AUA und Laudamotion durchzusetzen. Die Rechtslage ist klar, findet der Flug nicht statt, haben die Fluggäste laut EU-Recht einen Anspruch auf Rückerstattung des vollen Ticketpreises, angebotene Gutscheine und Umbuchungsmöglichkeiten müssen nicht akzeptiert werden.  
Betroffene können sich unter [www.verbraucherrecht.at/flugstorno2020](http://www.verbraucherrecht.at/flugstorno2020) beim VKI melden. Die Ende April gestartete Aktion endet am 31. Mai 2020.

### **Internationales:**

- **Deutschland / Verdi / Ryanair** - Die Gewerkschaft Verdi hat Ryanair vorgeworfen, die Coronakrise gegen die eigenen Beschäftigten zu missbrauchen. Die in Deutschland aktive Ryanair-Tochter Malta Air wolle Tarifverträge unterlaufen und bis zu 1.200 Kabinenbeschäftigte kündigen, um sie anschließend zu Dumping-Konditionen wieder einzustellen, erklärte die Gewerkschaft am Mittwoch in Berlin. Geplant sei, keine unbefristeten Verträge mehr zu geben sowie Kürzungen um 10% bei den Flugbegleitern und 20% im Cockpit. Auch in Österreich befindet sich Ryanair in einem Kampf mit der Gewerkschaft, die Ryanair-Tochtergesellschaft Laudamotion ist von der Schließung bedroht. Ryanair beschwerte sich zuletzt über Staatshilfen für die Lufthansa und andere Airlines, nehme aber selbst die Lohnsubventionen in mehreren europäischen Ländern in Anspruch.
- **Italien / staatliche Hilfen / Alitalia** - Die geplante Gründung einer Gesellschaft unter Kontrolle des italienischen Wirtschaftsministeriums, in die Konzernteile der Alitalia und 92 Flugzeuge fließen sollen, verschiebt sich. Die Regierung streitet neben einem noch fehlenden Erlass des Ministeriums bereits über den Manager, der die Führung der neuen Gesellschaft übernehmen soll.  
In einer Anfangsphase soll Alitalia unter staatlicher Kontrolle bleiben, später könnte eine Teilprivatisierung erfolgen, wobei die neue Gesellschaft 92 der bisher 113 Flugzeugen übernehmen soll. Die Regierung will die Alitalia mit weiteren 3 Mrd. Euro unterstützen, die Airline macht seit 2002 keinen Gewinn mehr. Die Alitalia ist seit 2017 insolvent, der Staat hat der Airline mit ihren rund 10.000 Beschäftigten bereits in jüngerer Zeit Überbrückungskredite in Milliarden-Höhe gewährt.

### **Dienstag, 26. Mai 2020**

#### **Österreich:**

- **Flughafen Wien / Sparpaket / AUA** - AUA Vorstand, Betriebsrat-Boden und Gewerkschaft GPA-djp haben heute von den mehr als 3.000 Beschäftigten des AUA Bodenpersonals für das ausverhandelte Sparpaket eine große Zustimmung bekommen. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 73,19 %, 90,14 % der Beschäftigten stimmten für die Annahme des Pakets. Nach diesem zweiten Schritt nach der Einigung mit Lieferanten über Preisnachlässe und Stundungen müssen nun noch die Verhandlungen mit der Regierung über die staatliche Hilfe positiv abgeschlossen werden. Noch diese Woche, oder Anfang kommender Woche könnte es eine Einigung geben, der Abschluss des Rettungspakets der Lufthansa mit der deutschen Regierung könnte die Einigung beschleunigen.

AUA-Betriebsratsvorsitzender-Boden Pfister bedankte sich für das große Verantwortungsbewusstsein und die hohe Zustimmung. GPA-djp Bundesgeschäftsführer Dürtscher brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass es nun durch die staatliche Hilfe und die Beiträge der Partner der Weiterbestand der AUA gesichert sei und damit auch die Drehscheibenfunktion des Flughafen Wien für den Wirtschafts-, Kongress- und Tourismusstandort Wien erhalten und weiter ausgebaut werden könne.

Die AUA braucht vom Staat weniger als die ursprünglich geforderten 767 Mio. Euro, wobei die Höhe der staatlichen Hilfe auch davon abhängt, wann und in welchem Umfang der Flugbetrieb wieder aufgenommen werden kann. Zu 300 Mio. Euro an Krediten, die vom Staat über die Cofag zu 90% besichert werden, bedarf es noch eines Eigenkapitals in gleicher Größenordnung, wobei für den 10%-igen Anteil der Banken am Kreditrisiko eine Besicherung mit AUA-Aktien und AUA-Flugzeugen vorgesehen ist. Die Regierung fordert vor allem, dass die AUA das Flugdrehkreuz und die Langstreckenflüge erhält und den Flughafenstandort damit sichert.

Die Wirtschaftsprüfer von PwC haben die Einigung mit dem Bodenpersonal und mit den Lieferanten wohlwollend zur Kenntnis genommen und auch die Fortschritte bei den Verhandlungen mit dem Staat anerkannt. Die Wirtschaftsprüfer haben unter der Bedingung eines positiven Abschlusses aller Verhandlungen eine positive Fortbestandsprognose in Aussicht gestellt.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen/ AUA** - Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) sieht die staatliche Beteiligung an der AUA im Rahmen des staatlichen Hilfspaketes noch nicht vom Tisch. Das gestern beschlossene Lufthansarettungspaket könnte beschleunigend für die österreichischen Verhandlungen wirken. Nicht die Verhandlungsgeschwindigkeit, sondern die Qualität des Ergebnisses sei das Ziel. Die Regierung erwarte sich seitens der Lufthansa Vorschläge u.a. zu den Themen Arbeitsplätze, Drehkreuz Wien, Langstreckenflüge und zur Flotte.

Aus dem Streit zwischen Ryanair, Laudamotion, Gewerkschaft und Wirtschaftskammer hält sich die Ministerin heraus, ein Kompromiss und die Rettung der Arbeitsplätze seien nur möglich, wenn sich alle bewegen.

- **Flughafen Wien / Laudamotion / vida / WKÖ** - Laudamotion stellt der Gewerkschaft vida ein neues Ultimatum und sagt eine Fortführung der Basis in Wien zu, wenn die Gewerkschaft den Kollektivvertrag doch noch diese Woche unterschreibe. Lt. Laudamotion garantiere der neue Kollektivvertrag einem Junior-Flugbegleiter ein Gehalt von 14.400 Euro brutto im Jahr, das seien 1.200 Euro brutto bzw. 1.020 Euro netto im Monat. Die Gewerkschaft vida hat ihre Verhandlungsbereitschaft klargestellt, sei aber nicht bereit, einem Kollektivvertrag zuzustimmen, der Einstiegsgehälter für Flugbegleiter unter der Mindestsicherung in Wien beinhalte.

Die Schließung der Wiener Basis von Laudamotion würde 300 Jobs kosten. Die Wirtschaftskammer hat den billigen Kollektivvertrag bereits akzeptiert, die Gewerkschaft hat der Wirtschaftskammer ihren Standpunkt per E-Mail verdeutlicht, keinem Nettogehaltsniveau des garantierten Grundgehalts zuzustimmen, das unter der Mindestsicherung und unter der Einrechnung der variablen Zulage pro Flugstunde auch unter der Armutsgrenze liege. Derartige Regelungen seien inakzeptabel und der österreichischen Sozialpartnerschaft unwürdig. Die Wirtschaftskammer möge an den Verhandlungstisch zurückkehren und mit der Gewerkschaft einen "*rechtskonformen Kollektivvertrag mit Gehältern, von denen man leben kann*" schaffen.

### **Internationales:**

- **Deutschland / Belgien / staatliche Hilfen / Lufthansa / EU-Kommission** - Die Lufthansa rechnet mit einer baldigen Zustimmung der EU-Kommission zum staatlichen Rettungspaket, grünes Licht sei in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die Wettbewerbsbehörde fordere von der Lufthansa in Frankfurt und München Start- und Landerechte von jeweils drei der insgesamt etwa 300 dort stationierten Flugzeuge an Konkurrenten abzugeben. Schmerzhaft wäre weniger die Anzahl für die Lufthansa als wenn die Slots an Billigflieger gehen würden. Die EU-Kommission verwies auf die Wichtigkeit solcher Auflagen, damit der Wettbewerb durch Staatshilfe nicht verzerrt werde.

Eine Wettbewerbsverzerrung durch die Finanzhilfe beklagte Ryanair, der größte Billigflieger Europas, die die staatliche Hilfe für die Lufthansa als rechtswidrige Subvention bezeichnete und ankündigte, Beschwerde einlegen zu wollen. Fraport-Chef Schulte sprach sich dagegen aus, die Lufthansa zur Abgabe von Slots zu zwingen, die Lufthansa müsse ihren Marktanteil in Frankfurt halten können. Die Zeit zum Abschluss des Rettungspakets drängt, nachdem der Aufsichtsrat der Lufthansa über das Finanzpaket entschieden hat, bedarf es noch eines Votums auf einer außerordentlichen Hauptversammlung noch im Juni.

- Schweiz / IATA** - Die IATA hat errechnet, dass die Airlines zusammen staatliche Hilfen von 113 Mrd. Euro in Form von Krediten, Zuschüssen, Steuernachlässen oder Lohnkostensubventionen bekommen haben. 55% der Hilfen sind Kredite und Kreditgarantien oder aufgeschobene Steuern, was die Erholung der Airlines erschwere. Die Airlines könnten zum Jahresende insgesamt 550 Mrd. Dollar Schulden haben, Ende 2019 waren es noch 430 Mrd. Dollar gewesen.

In Singapur erhielten Fluggesellschaften bisher Hilfen von mehr als 84% der Einnahmen, in den Niederlanden lag der Anteil bei 41%, in Frankreich bei 36%, in den USA bei 33%, in Japan bei 22% und in Deutschland bei 19,5%. Die Schweiz half der Swiss und Edelweiss im Umfang von knapp 24% der Ticketverkäufe 2019, in China lag der Anteil bei 2%, in Großbritannien bei 7%. Österreich verhandelt noch wegen der AUA.
- Irland / Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Ryanair will gegen das staatliche Rettungspaket für die Lufthansa rechtlich vorgehen, Ryanair-Chef O'Leary bezeichnete das Paket als illegal. Die Finanzhilfe ermögliche der Lufthansa Preise unter Kosten, der Wettbewerb werde massiv verzerrt. Für die Genehmigung des Rettungspaketes muss die EU-Kommission prüfen, welche Auswirkungen auf den Wettbewerb sich im europäischen Luftraum daraus ergeben.
- Deutschland / Flughafen Frankfurt** - Lufthansa und der Flughafenbetreiber Fraport wollen ein gemeinsames Unternehmen für die Weiterentwicklung des Flughafens gründen. Mit dem Joint Venture soll der Flughafen Frankfurt attraktiver gemacht, als Drehkreuz gestärkt, die Infrastruktur entwickelt und Effizienzpotenziale genutzt werden. Fraport ist gegen eine Verringerung der Start- und Landerechte der Lufthansa am größten deutschen Flughafen, der Hubcarrier und Hauptkunde solle seine Marktanteile in Frankfurt halten und auch ausbauen. Hintergrund ist, dass die Behörde offensichtlich überlegt, dass die Lufthansa Slots an ihren Drehkreuzen in Frankfurt und München an Konkurrenten abgeben solle, um die Marktmacht zu begrenzen.
- Deutschland / Eurowings** - Eurowings plant im Zuge der Coronakrise rund 300 Jobs in der Verwaltung abzubauen. Ziel sei eine Kostensenkung, damit die Muttergesellschaft Lufthansa die staatlichen Hilfen so rasch wie möglich zurückzahlen kann. Eurowings beschäftigt ca. 4.000 Mitarbeiter und geht davon aus, dass es bis 2023 dauern könnte, bis der Flugverkehr wieder das Niveau von 2019 erreicht. Statt der 139 Flugzeuge im Jahr 2019 könnte Eurowings im Jahr 2021 noch ca. 90 Flugzeuge betreiben, abhängig sei dies von den Reisebeschränkungen und der Nachfrage. Die Airline beförderte normalerweise bis zu 80.000 Fluggäste pro Tag, im April war der Tiefpunkt mit 1.000 Passagieren erreicht. Dementsprechend hoch war der Umsatzrückgang mit 95%. Trotz Kostenreduktion um 70% verlor Eurowings im April pro Tag rund 2 Mio. Euro.
- Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Ministerpräsident Söder (CSU) warnt vor überzogenen Auflagen der EU-Kommission im Zusammenhang mit der staatlichen Rettung der Lufthansa, die Airline dürfe im Vergleich zu Low-Cost-Carriern nicht diskriminiert werden. Den wettbewerbspolitischen Forderungen aus Brüssel, der Lufthansa in Frankfurt und München Start- und Landerechte zu entziehen, dürfe man nicht nachgeben.

Die EU-Kommission muss dem Lufthansa-Rettungspaket noch zustimmen und dazu müssen noch einige Fragen geklärt werden. Die deutsche Pilotenvereinigung Cockpit appellierte an die EU-Kommission, der staatlichen Hilfe für die Lufthansa und der damit verbundenen Sicherung von rund 140.000 Arbeitsplätzen keine Steine in den Weg zu legen.

Experten von den Grünen bezeichneten das Rettungspaket als "ein schönes Geschäft für die Aktionäre" und einen "schlechten Deal für die Steuerzahler". Bei Entscheidungen könne der Staat nicht mitreden und zum Thema Klimaschutz gebe es nichts Konkretes, sondern nur unverbindliche Worte. Es fehlen verbindliche Vorgaben für die CO<sub>2</sub>-Reduktion.

## **Montag, 25. Mai 2020**

### **Österreich:**

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / Lufthansa / AUA** - Der Beschluss des Lufthansa-Rettungspaketes dürfte die Verhandlungen der AUA über ein staatliches Hilfspaket beflügeln und sei für die AUA ein "wichtiges Signal", das auch von der Regierung in Wien so gesehen werde. Aktuell sind die Abstimmung über das AUA-Personalpaket im Laufen, ein Ergebnis für die AUA soll "innerhalb von Tagen" vorliegen.
- **Flughafen Wien / Laudamotion** - Rund 50 Lauda-Beschäftigte aus Kabine und Cockpit kamen heute vor die ÖGB-Zentrale, um gegen die Nichtunterzeichnung des vom Laudamotion-Management vorgelegten deutlich schlechteren Kollektivvertrags für das Bordpersonal zu protestieren. In einer konstruktiv verlaufenen Diskussionsrunde äußerten die Beschäftigten den Gewerkschaftsvertretern ihre Sorgen, sicherten aber auch die Unterstützung von Verhandlungen über einen Kollektivvertrag mit Gehältern, von denen man leben kann, zu.

Der Vorsitzende des vida-Fachbereichs Luftfahrt betonte, dass die Hand für Verhandlungen nach wie vor ausgestreckt sei und appellierte an die Vernunft des Sozialpartners Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und an die Laudamotion-Geschäftsführung, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Vida war den Erpressungsversuchen des Laudamotion-Managements nicht nachgegeben und hat das Laudamotion-Ultimatum zur Unterzeichnung des Dumping-Lohn-KV nicht unterschrieben. Wie angedroht hat Laudamotion daraufhin die Schließung der Wiener Basis eingeleitet.

Der von der WKÖ bereits unterschriebene KV-Vorschlag sieht beispielsweise für FlugbegleiterInnen ein fixes Einstiegsgehalt von 1.000 Euro brutto im Monat (inklusive Überstunden) vor. Das Nettogehalt wäre damit unter der Wiener Mindestsicherung von 917 Euro und deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle von aktuell 1.259 Euro im Monat für eine Person gelegen. Der Laudamotion-KV würde damit gut 30% unter dem Branchenschnitt liegen, so die Gewerkschaft.

### **Internationales:**

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Die Lufthansa hat in einer Pflichtveröffentlichung mitgeteilt, dass der Lenkungsausschuss des deutschen Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) am Montag den Weg für die Lufthansa-Rettung frei gemacht hat. Insgesamt geht es um eine staatliche Hilfe von rund 9 Mrd. Euro. Der Beschluss des WFS hat das Hilfspaket offiziell werden lassen. Danach soll der deutsche Staat für rund 300 Mio. Euro 20 % an der Lufthansa übernehmen, zu einem Bezugspreis von 2,56 Euro. Der Löwenanteil der Hilfen besteht aus einer stillen Einlage in Höhe von 4,7 Mrd. Euro, eine weitere stille Beteiligung von über einer Milliarde Euro kann in Aktien umgewandelt werden. Die Lufthansa müsse auf die stille Beteiligung zunächst 4 % Zinsen darauf zahlen, später steigt die Verzinsung auf bis zu 9,5 %. Die deutsche Staatsbank KfW und private Banken steuern einen Kredit von bis zu 3 Mrd. Euro mit einer Laufzeit von 3 Jahren bei, 600 Mio. Euro beträgt der Anteil der privaten Banken.

Die staatliche Hilfe ist mit Nachhaltigkeitszielen verbunden, bei denen es u.a. um eine Flottenerneuerung geht. Weitgehende Vergütungsbeschränkungen für den Konzernvorstand, die Vorstände der Konzerngesellschaften sowie das Management sind ebenso vorgesehen wie zwei Aufsichtsratsposten für die Ministerien, die mit unabhängigen Experten besetzt werden sollen. Die fixen Vorstandsgehälter werden gekappt und später auf dem Niveau von 2019 eingefroren. Boni sollen erst wieder fließen dürfen, wenn 75 % der stillen Einlagen zurückgezahlt sind. Die staatlichen Hilfen dürfen nicht in Steuer-oasen abfließen.

Die Lufthansa zeigte sich zufrieden mit dem Rettungspaket. Die Gremien der Lufthansa müssen allerdings noch selbst über das Paket entscheiden, die EU-Kommission prüft das Thema „Wettbewerbsverzerrungen in Europa“ und muss ebenfalls noch zustimmen.

Bundeskanzlerin Merkel (CDU) stellt sich gegen mögliche Pläne der EU-Kommission, der Rettung der Lufthansa nur unter hohen Auflagen zuzustimmen. Die EU-Kommission plant der Lufthansa wertvolle Start- und Landerechte an den Flughäfen Frankfurt und München zu nehmen und nahm zu den Plänen nicht Stellung. Merkel kündigte im CDU-Präsidium einen „harten Kampf“ an.

Zuletzt hatte die EU-Kommission die Regeln für staatliche Hilfen wegen der Coronakrise deutlich gelockert, achtet aber darauf, dass es zu keinen unverhältnismäßigen Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt kommt. Generelle Auflage ist beispielsweise, dass die vom Steuerzahler finanzierte Unterstützung hinreichend vergütet wird und staatlich rekapitalisierte Unternehmen keine Dividenden und Bonuszahlungen mehr leisten dürfen.

Finanzminister Scholz sieht die staatlichen Hilfen für die Lufthansa nur als vorübergehend an und will mit Gewinn wieder aus der Airline aussteigen. Die Lufthansa sei im Kern gesund, es gehe deshalb um eine Überbrückung in der Krise. Der Staat solle in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage zu einem vernünftigen Zeitpunkt wieder aussteigen.

Lufthansa und deutsche Regierung hatten sich vorher grundsätzlich auf die staatliche Hilfe geeinigt. Der Lenkungsausschuss des staatlichen Wirtschaftsstabilisierungsfonds, die Gremien der Lufthansa selbst sowie die EU-Kommission müssen allerdings noch zustimmen, es stehen zehntausende der insgesamt 138.000 Jobs auf dem Spiel. In den vergangenen Tagen waren noch technische und rechtliche Fragen zu klären, strenge EU-Vorgaben mussten berücksichtigt und für den Staat eine „Exit-Strategie“ entwickelt werden. Auch Fragen des Klimaschutzes waren Thema in den Verhandlungen.

Wirtschaftsminister Altmaier hat offengelassen, wann die Lufthansa die staatliche Hilfe in der Höhe von rund 9 Mrd. Euro zurückzahlen muss, wobei Rückzahlungen ab dem Zeitpunkt erfolgen sollen, zu dem die Lufthansa sich wieder in der Gewinnzone befindet. Deutschland werde den Anteil an der Lufthansa dann auf 25% plus eine Aktie erhöhen, um Übernahmeversuche zu verhindern. Die genaue Ausgestaltung der staatlichen Hilfe werde noch intensiv verhandelt, die SPD ist für eine Sperrminorität, um eine gewisse Kontrollfunktion ausüben zu können. Der Kompromiss beinhaltet eine direkte Beteiligung des Staates von 20% plus einer Wandelanleihe von 5% plus einer Aktie, die Anleihe soll nur im Fall von Übernahmeversuchen in Aktien getauscht werden.

Wirtschaftsminister Altmaier verteidigte die staatliche Hilfe für die Lufthansa. Mit dem Paket können mehr als 100.000 Arbeitsplätze gesichert werden und da Menschen auch in Zukunft fliegen werden, dürfe man das Geschäft nicht Fluggesellschaften aus Asien und der Arabischen Halbinsel überlassen.

- **Indien / Flugverkehr** - Nach zwei Monaten Pause startet in Indien nun der Inlandsflugverkehr wieder. Da jeder Bundesstaat eigene Bestimmungen im Umgang mit der Coronakrise hat, kam es zu vielen Verwirrungen und zur Streichung von Flügen. In Neu Dheli wurden 80 Flüge gestrichen. Die Passagiere beschwerten sich in mehreren Städten über stundenlanges Warten, schlechte Informationen und den Zwang eine Kontaktverfolgungs-App der Regierung herunterladen zu müssen, bei der unklar ist, wer Zugang zu den Daten hat.

In Indien gilt seit zwei Monaten die umfassendste Ausgangssperre der Welt. Die Sperre wird inzwischen langsam gelockert, ohne dass sich die Infektionskurve abgeflacht hätte. Im zweitbevölkerungsreichsten Land der Erde (1,3 Mrd. Menschen) gibt es derzeit 138.000 bekannte Infektionsfälle und mehr als 4.000 Coronatote.

- **Schweiz / Hotelplan / Swiss** - Der Chef der Schweizer Migros-Tochtergesellschaft Hotelplan äußerte seinen Unmut über die Swiss. Die Reisebüros würden der Swiss und damit der Lufthansa viele Millionen an Kundengeldern vorschießen, da die Reisebüros lt. Pauschalreisegesetz verpflichtet seien, bei Annullierungen zurückzuzahlen. Von der Swiss käme hier praktisch nichts, die Airline dränge damit die gesamte Branche in den Abgrund, so der Hotelplan-Chef, der es begrüßte, dass die Swiss verpflichtet wurde, die Kundengelder für nicht erfolgende Flüge bis September zurück zu erstatten. Das Schweizer Pauschalreisegesetz sei dringend zu überarbeiten, Kündigungen können nicht ausgeschlossen werden, man müsse von massiven Verlusten ausgehen.

**Sonntag, 24. Mai 2020**

**Österreich:**

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Etwa 3.000 Mitarbeiter des AUA-Bodenpersonals werden am Montag und Dienstag in einer geheimen Abstimmung über das Sparpaket abstimmen, das zwischen Vorstand, Betriebsrat Boden und der Gewerkschaft GPA-djp geschnürt wurde. Vorgesehen sind u.a. Einsparungen bei Gehaltsvalorisierungen und die befristete Reduktion von Ist-Gehältern. Durch eine Besserungsklausel kann der Sparbeitrag der Beschäftigten abgesenkt werden, wenn die Staatshilfen Verbesserungen bringen. Der „schmerzhaft“ Schritt sei ein wichtiger Beitrag zur Absicherung der AUA, aber auch für den Wirtschafts-, Kongress- und Tourismusstandort geleistet und damit würde Österreichs wichtige Verkehrsdrehscheibenfunktion abgesichert werden.

**Internationales:**

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Schneider, sieht die staatliche Mitsprachemöglichkeit bei der Lufthansa auch ohne Sperrminorität gesichert, es werde nichts gegen den „Ankerinvestor Bund“ entschieden. Der grobe politische Rahmen für die staatlichen Hilfen von rund 9 Mrd. Euro steht seit Mittwoch. Der Bund will sich neben Krediten und stillen Einlagen mit 20% direkt an der Lufthansa beteiligen. Geplant sei auch eine Wandschuldverschreibung im Wert von 5% plus einer Aktie, die jederzeit in Stammaktien umgewandelt werden könnte, um feindlichen Übernahmen zu begegnen.
- **Frankreich / Flugverkehr / Air France** - Air France muss die Zahl der Inlandsflüge im Gegenzug für die staatliche Hilfe massiv verringern, die inländischen Routen würden mit Hochgeschwindigkeitszügen abgedeckt. Die französische Regierung hatte Air France ein Hilfspaket aus Staatsbürgschaften für Bankkredite und staatlichen Darlehen in der Höhe von 7 Mrd. Euro angeboten, die Fluglinie habe dafür eine Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Frankreich um 50% bis 2024 zugesagt. In Deutschland erheben manche Politiker ähnliche Forderungen gegenüber der Lufthansa.
- **Russland / „Open Skies“-Abkommen** - Russland sieht für den Fall, dass die USA aus dem Ost-West-Abkommen über militärische Beobachtungsflüge "Open Skies" aussteigt, keine Perspektiven für ein neues Abkommen. Der Vertrag funktioniere einwandfrei und gewährleiste die europäische Sicherheit. Der „Open Skies-Vertrag“ wurde 1992 geschlossen. Seit seinem Inkrafttreten 2002 gab es mehr als 1.500 vertrauensbildende Beobachtungsflüge, an denen sowohl Vertreter der beobachtenden als auch der beobachteten Staaten teilnehmen.  
Sicherheitsberater O'Brien (USA) sagte, dass die Russen den Vertrag systematisch verletzen würden, indem sie amerikanischen und verbündeten Flugzeugen Überflüge verweigerten, während sie selbst über zivile Einrichtungen fliegen. Vizeaußenminister Rjabkow (Russland) antwortete, dass man nicht vergessen dürfe, dass die amerikanischen Flugzeuge nicht "über Parks und Strände" geflogen seien und bedauerte, dass sich die USA aus dem Vertrag zurückziehen wollen. Die vorgebrachten Gründe seien aber "unlogisch und lächerlich".  
Russland fühle sich dem Vertrag vorerst weiter verpflichtet, werde aber "verschiedene Möglichkeiten" der Reaktion prüfen. Die NATO-Partner der USA in Europa bedauerten die Ankündigung der USA, da der Vertrag viel zur Transparenz und Sicherheit beitrage.
- **Deutschland / Flugverkehr / Lufthansa** - Die Lufthansa hat ihre Pläne für eine Ausweitung des Flugangebots ab Juni konkretisiert. Ab der zweiten Junihälfte sollen von Frankfurt rund 20 Ziele wieder angefliegen werden - darunter Heraklion (Kreta), Rhodos, Dubrovnik, Faro, Venedig, Ibiza und Mallorca. Mallorca soll ab Mitte Juni deutlich häufiger angefliegen werden.  
Insgesamt will die Lufthansa Ende Juni in der Gruppe wieder 1.800 Verbindungen pro Woche fliegen (14% des Programms von 13.000 Verbindungen vor der Coronakrise). Damit sollen 106 Ziele in Deutschland und Europa sowie 20 Langstreckendestinationen angefliegen werden, was einem Drittel des ursprünglichen Netzes entspricht.

- **Israel / Türkei / El Al** - Nach zehn Jahren ist nun erstmals wieder eine El Al-Maschine auf türkischem Boden gelandet. Die El Al-Maschine hat in Istanbul rund 24 Tonnen Hilfsgüter für die USA zur Bekämpfung des Coronavirus geladen. Die israelische Fluglinie hat bei türkischen Behörden eine Genehmigung zur Wiederaufnahme regulärer Flüge beantragt. Die Spannungen zwischen den beiden Seiten dauerten besonders wegen der Palästinenserfrage an, es kommt immer wieder zu massivem Streit zwischen Erdogan und dem israelischen Regierungschef Netanyahu.

## Samstag, 23. Mai 2020

### Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Der AUA-Vorstand habe mit der Belegschaft ein 300 Mio. Euro schweres Sparpaket fertig ausverhandelt. Das Paket ist noch nicht fix, es fehlt die Zustimmung der Gewerkschaft vda, die darauf besteht, dass zuerst eine schlüssige Finanzierung für die AUA auf dem Tisch liegen muss. Die Unterschrift fehlt auf dem angeblich fertigen Sanierungsplan noch. Nun müsse Finanzminister Blümel (ÖVP) sagen, wieviel das Personal zum Gesamtpaket beitragen muss, denn es seien kollektivvertragliche Änderungen nötig, um die geplanten 300 Mio. Euro bis 2024 einsparen zu können. AUA-Bordbetriebsrat Stratberger geht davon aus, dass das Sparpaket umgesetzt werde, die Unterschrift der Gewerkschaft sei eine „formaljuristische Angelegenheit“.

### Internationales:

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Die Verhandlungen zwischen deutscher Regierung und Lufthansa über die milliardenschwere staatliche Hilfe dauern an. Wann genau es ein Ergebnis geben wird ist unklar, weil nicht bekannt ist, wann der maßgebliche Ausschuss des staatlichen Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) zusammenkommen wird. Einige technische und rechtliche Fragen seien noch offen, der WSF-Lenkungsausschuss soll der Lufthansa ein finales Angebot für ein Stützungspaket unterbreiten. Danach befassen sich die Führungsgremien der Lufthansa damit, auch die EU-Kommission muss zustimmen. Politisch besteht seit Tagen Einigkeit über den 9 Mrd. Euro schweren Rettungsplan. Der Bund will sich mit 20% direkt an der Airline beteiligen.  
Wirtschaftsminister Altmaier versicherte, dass die Staatsbeteiligung an der Lufthansa nur vorübergehend sein soll. Dies gelte auch für ähnliche Fälle, über die möglicherweise in der Zukunft noch entschieden werden muss. Altmaier habe noch keine ernstzunehmende Stimme vernommen, die die Lufthansa in die Insolvenz schicken wolle. Er lehne es ab, die Bedingung zu stellen, dass die Lufthansa zugunsten der Bahn auf Inlandsflüge verzichten müsse.
- **Deutschland / Flughafen Tegel** - Die Verantwortlichen für den geplanten Forschungs- und Industriepark auf dem Flughafengelände in Berlin-Tegel können es kaum erwarten, auf das Gelände zu kommen, weil sich dadurch beispielsweise die Suche nach Schadstoffen früher fortsetzen lasse. Da man für 25 bis 30 Jahre plane machen allerdings einige Monate früher oder später keinen großen Unterschied. Die Projektgesellschaft will in Tegel Gründer, Studenten, Investoren, Industrielle und Wissenschaftler zusammenbringen, Platz sei - in mehreren Ausbaustufen - für 800 kleine Unternehmen und Institute vorhanden. Es sollen 15.000 Arbeitsplätze und mindestens 5.000 Wohnungen geschaffen werden. Bisher habe die Coronakrise nicht dazu geführt, dass Investoren abgesprungen seien. Wegen der Coronakrise soll der Flughafen Tegel nicht erst im November außer Dienst gehen, sondern schon Mitte Juni. Bund und die Länder Berlin und Brandenburg haben als Eigentümer am Mittwoch zugestimmt. Der Flughafen muss aber nach der BER-Eröffnung sicherheitshalber noch ein halbes Jahr betriebsbereit gehalten werden, die Bagger werden deshalb nicht vor Mai 2021 auffahren können, so nicht die Luftfahrtbehörde und das Abgeordnetenhaus über die Bebauungspläne anders entscheiden.
- **USA / Hertz** - Der amerikanische Autovermieter Hertz hat Gläubigerschutz beantragt. Das Insolvenzverfahren sei am Freitag eingeleitet worden, die internationalen Geschäfte - darunter die in Europa, Australien und Neuseeland - werden nicht in das US-Verfahren einbezogen. Hertz erwirtschaftet einen großen Teil des Umsatzes aus Autovermietungen auf Flughäfen. Das mit fast 19 Mrd. Dollar verschuldete Unternehmen hat bereits tausende Mitarbeiter gekündigt.

**Freitag, 22. Mai 2020**

**Österreich:**

- **Flughafen Wien / Laudamotion** - Laudamotion hat nicht nur die 300 Lauda-Bordmitarbeiter, die von der Schließung der Basis in Wien betroffen sind, zur Kündigung angemeldet, sondern auch die 70 Mitarbeiter des Hauptquartiers. Insgesamt beschäftigt Laudamotion zurzeit rund 1.000 Leute, 300 Mitarbeiter sind über die österreichische Zweigniederlassung der Leiharbeitsfirma Crewlink Ireland im Dienst.  
In Wien könnte damit nur noch ein Büro der Airline mit 20 Beschäftigten bestehen bleiben. Die Schließung sei endgültig, darüber werde nicht mehr verhandelt. Ryanair wird Wien zukünftig von anderen europäischen Städten aus anfliegen, ein neues Flugprogramm für die Wien-Strecken werde fixiert, wobei im Sommer weniger als die Hälfte des ursprünglichen Wien-Programms umgesetzt werden soll. Wien war die größte Basis von Laudamotion, neben den Stützpunkten in Stuttgart, Düsseldorf, Palma und Zadar. Die in Wien stationierte Airbus-Flotte werde in den nächsten Tagen ausgeflogen, Flugbuchungen werden mit Boeing 737 von Ryanair, Malta Air oder Buzz durchgeführt. Der Laudamotion-Geschäftsführung missfällt die staatliche Hilfe für die AUA und auch, dass Laudamotion als zweitgrößte Airline in Österreich zum Luftfahrtgipfel vergangene Woche nicht einmal eingeladen war.
- **Flughafen Wien / Flugverkehr / Aktien** - Wertpapierexperten von HSBC haben das Kursziel für die Aktien des Flughafens Wien von 33,0 Euro auf 31,00 Euro gesenkt, die Anlageempfehlung mit "Buy" angegeben. Der Flughafen Wien erwartet für das zweite Halbjahr ein Verkehrsaufkommen von 20% des Vorjahreszeitraums und geht davon aus, dass der Flughafen wegen der starken Wachstumsraten 2018/2019 länger als andere Flughäfen brauchen werde, um das Niveau vom Jahr 2019 zu erreichen.
- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Die staatlichen Hilfen für AUA werden derzeit noch verhandelt, es gehe um viele Details. Es sei noch zu früh zu sagen, wie das Paket insgesamt aussehen wird. Kurzarbeit könnte in der AUA voraussichtlich noch bis zum 1. Quartal 2022 laufen. Offene Fragen betreffen ambitionierte Klimaschutzbedingungen, wie Emissionsreduktion und Verlagerung auf die Bahn und als Bedingungen auch den Mehrwert für den Wirtschaftsraum sowie gute, sichere Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen.
- **Flughafen Wien / Laudamotion** - SPÖ-Verkehrssprecher Stöger kritisiert, dass sich vor zwei Jahren die Regierungsverantwortlichen, ÖVP-Kanzler Kurz und FPÖ-Verkehrsminister Hofer, auf die Fahnen geheftet haben, dass die Lauda-Air eine österreichische Fluglinie bleibe. Nun fallen aber offensichtlich die Entscheidungen über den Standort nicht in Österreich und die Beschäftigten sind die Leidtragenden. Man müsse der Belegschaft von Laudamotion nun helfen, es sei ein Skandal für sich, dass die Wirtschaftskammer den Beschäftigten in den Rücken gefallen sei.  
Umwelt- und Infrastrukturministerin Gewessler (Grüne) hat anlässlich der Diskussionen bei Laudamotion deutlich vor Sozialdumping gewarnt. Die Luftfahrt müsse klimafreundlich werden und gute Arbeitsbedingungen bieten. Mit "Dumping-Löhnen" zu arbeiten und auf Kosten der Umwelt Gewinne machen, könne nicht die Zukunft sein. Die österreichische Lösung sei mit dem Einstieg der Ryanair nicht ganz eine solche gewesen, bei staatlichen Lösungen müsse man Zusagen rechtlich absichern. Finanzminister Blümel (ÖVP) erklärte, dass er sich in die Kollektivvertragsverhandlungen von Laudamotion nicht einmischen werde und forderte Gewerkschaft vida und die Airline auf, einen Schritt aufeinander zuzugehen. Laudamotion hatte Blümel aufgefordert, von der Gewerkschaft vida die Unterzeichnung des Lauda-Kollektivvertrages mit deutlich niedrigeren Löhnen zu verlangen.  
Der Flughafen Wien hofft noch auf weitere Verhandlungen. Die 300 Laudamotion-Mitarbeiter dürften nicht Opfer mangelnder Verhandlungsbereitschaft sein, die Schließung der Laudamotion-Basis in Wien sei ein fatales Signal für den Standort. "Ein Zurück an den Verhandlungstisch ist ein Gebot der Stunde", so Flughafenvorstand Ofner.
- **Flughafen Wien / Laudamotion** - Laudamotion schließt die Basis in Wien per 29. Mai, 300 Jobs gehen verloren. Die Wirtschaftskammer (WKÖ) hätte den neuen Kollektivvertrag mit deutlich abgesenkten Löhnen akzeptiert, die Gewerkschaft vida ließ das Ultimatum der Airline verstreichen.

Vida werde keinen KV unterschreiben, der mit 848 Euro Netto-Einstiegsgehalt für FlugbegleiterInnen unter der Mindestsicherung in Wien (917 Euro) und unter der aktuellen Armutsgefährdungsschwelle von 1.259 Euro im Monat für eine Person liege.

"In beschämender Weise hat die Gewerkschaft VIDA die Wünsche von über 95% der Piloten und 70% der Kabinenbesatzung an Laudas A320-Basis in Wien ignoriert und über 300 gut bezahlte Arbeitsplätze vernichtet", so Laudamotion. Die Airline bedauerte die Untätigkeit der Regierung.

- **Flughafen Wien / Flugverkehr** - Gesundheitsminister Anschober (Grüne) hat mittels Verordnung Weißrussland auf die Liste der Staaten gesetzt, aus denen Luftfahrzeuge nur in Ausnahmefällen in Österreich landen dürfen. Gleichzeitig wurde die Schweiz von der Liste gestrichen. Das Landeverbot für Belarus gilt ab Samstag bis zum 14. Juni. Auch Landungen aus China, Frankreich, Großbritannien, dem Iran, Italien, den Niederlanden, Russland, Spanien sowie der Ukraine bleiben untersagt.

### **Internationales:**

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Die Verhandlungen der Lufthansa-Rettung ist ins Stocken geraten. Die deutsche Bundesregierung habe neue Forderungen eingebracht, die eine Sanierung faktisch unmöglich machen würde. Demnach solle die Lufthansa alle Flugzeuge abnehmen, die sie bei Airbus bestellt habe, was die enorme finanzielle Belastung von über 5 Mrd. Euro in den nächsten drei bis vier Jahren bedeuten würde. Die für den heutigen Freitag geplante Aufsichtsratssitzung sei deshalb auf Montag verschoben worden, die Verhandlungen werden aber über das Wochenende fortgesetzt.

Kritikern fehlen Öko-Auflagen und ein ausreichender Arbeitnehmerschutz während Beamte an den technischen und rechtlichen Details des Rettungspaketes arbeiten. Die Entscheidung über die Hilfe fällt im Lenkungsausschuss des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF). Auch strenge EU-Vorgaben sind zu berücksichtigen - Brüssel muss dem Plan schließlich zustimmen. Die Zeit drängt, die Lufthansa verliere jeden Monat 800 Mio. Euro Bargeld, zudem musste die Reserve von gut 4 Mrd. Euro von Anfang Mai um 1,8 Mrd. Euro Kundengelder bereinigt werden.

Bayerns Ministerpräsident Söder (CSU) begrüßte die bevorstehende Vereinbarung über Staatshilfen für die Lufthansa. Die geplante staatliche Hilfe werde der Lufthansa wieder auf die Beine helfen, ohne dass sie verstaatlicht wird. Das Rettungspaket könne ein gutes Beispiel dafür sein, wie staatliche Hilfen aussehen sollten, ohne am Ende eine Staatswirtschaft zu machen. Weder eine längere Beteiligung noch eine Einmischung in die operativen Entscheidungen des Unternehmens seien sinnvoll, wenn man das Beispiel der Alitalia ansehe, die mittlerweile unverkäuflich sei.

- **Deutschland / Rückerstattung Flugticketkosten** - Weil Fluggesellschaften die Kosten stornierter Flüge nicht rechtzeitig erstatten, fürchtet die Frankfurter Justiz eine nicht zu bewältigende Klagewelle. Das Verbraucherportal "Flightright" hat angekündigt, im Namen von rund 20.000 Passagieren bei Lufthansa und Ryanair ausstehende Gelder von rund 20 Mio. Euro einzuklagen. Die Fluggesellschaften verzögern Barerstattungen und versuchen den Kunden Gutscheine anzubieten. Die Lufthansa allein beziffert das Volumen der fraglichen Kundengelder mit 1,8 Mrd. Euro. Die Richter appellieren an die Beteiligten von einer Feststellung eines Schuldverhältnisses Abstand zu nehmen, sofern eine klare gesetzliche Verpflichtung zur Zahlung besteht.

### **Donnerstag, 21. Mai 2020**

#### **Österreich:**

- **Flughafen Wien / Laudamotion** - Kommt nicht doch noch ein neuer billigerer Kollektivvertrag für das fliegende Personal bei Laudamotion zustande, dann wird die Wiener Lauda-Basis geschlossen und Wien von Ryanair-Maschinen von anderen europäischen Städten angefliegen. 300 Lauda-Mitarbeiter sind betroffen, die Gewerkschaft hat bisher die Unterschrift verweigert. Bleibt es dabei, dann werden morgen Freitag alle Mitarbeiter der Basis Wien von der Kurzarbeit beim Arbeitsmarktservice (AMS) abgemeldet und zur Kündigung angemeldet.

Schon im April hatte Laudamotion den Gewerkschaftern ein Ultimatum gestellt, dass die Laudamotion-Basis Wien ohne neuen Kollektivvertrag, der ein Sparpaket mit deutlichen Lohnkürzungen vorsieht, Ende Mai geschlossen werde. Wien ist mit Abstand größter Stützpunkt der Laudamotion, mit derzeit 26 Flugzeugen.

Laudamotion forderte von Finanzminister Blümel (ÖVP), von der Gewerkschaft vda die Unterzeichnung des neuen Lauda-Kollektivvertrages zu verlangen und verlangte, dass die Unterzeichnung des Kollektivvertrages zur Bedingung der staatlichen Beihilfe für die AUA gemacht werde. Nur so seien die 300 Arbeitsplätze in Wien noch zu retten.

Verkehrsministerin Gewessler (Grüne) sprach sich für die Einführung eines Branchen-Kollektivvertrags für die heimische Luftfahrtbranche aus, beim Rettungspaket für die AUA seien noch mehrere Fragen offen. Das Gesamtpaket müsse einen Mehrwert für die Steuerzahler, den Standort, die Arbeitsplätze und den Klimaschutz bringen. Langstreckenflüge werde es im Gegensatz zu bestimmten Kurzstreckenverbindungen auch in Zukunft geben. Wichtig seien faire Arbeitsbedingungen.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Der Sanierungsbeitrag der AUA-Beschäftigten beträgt doch 300 Mio. Euro, pro Jahr geht es um 80 Mio. Euro. Sowohl die Bordbeschäftigten als auch das Bodenpersonal haben zugestimmt. Kurzarbeit soll es bei der AUA voraussichtlich noch bis zum 1. Quartal 2022 geben - im Anschluss an die Corona-Kurzarbeit will die AUA zu den klassischen Kurzarbeitsmodellen des AMS wechseln, danach treten die vereinbarten gestaffelten Gehaltskürzungen in Kraft. Die temporäre Absenkung der Ist-Gagen - gestaffelt nach Einkommenshöhe zwischen 2% und 15% - gilt beim Bodenpersonal für die Zeit vom 20. März 2022 bis 31. Dezember 2023, der langjährige Sozialplan wird bis Ende 2025 verlängert. Das Bordpersonal verzichtet auf Einkommen zwischen 5,9% und 12,7%, und zwar in den Jahren 2022 bis 2024, sowie auf Pensionskassenbeiträge. Insgesamt ergibt sich daraus eine Personalkostenreduktion um 20%.

Am Wochenende gehen die Verhandlungen um die staatliche Hilfe für die AUA weiter, das Rettungspaket für die Lufthansa scheint unterdessen fertig zu sein. Bundeskanzler Kurz (ÖVP) sprach von Tagen oder Wochen, die die Verhandlungen noch dauern könnten, Monate könne er ausschließen. Die Bundesrepublik Deutschland greift der Lufthansa mit bis zu 9 Mrd. Euro unter die Arme und bekommt dafür eine Beteiligung in der Höhe von 25% plus einer Aktie. Dieses Modell fordert die FPÖ seit Wochen für Österreich und die AUA. Der Langstreckenhub müsse - so wie die Arbeitsplätze bei der AUA - abgesichert werden. Eine Mini-Beteiligung Österreichs an der Lufthansa bringe nichts und sei daher abzulehnen.

### **Internationales:**

- **USA / „Open-Skies“-Abkommen** - US-Präsident Donald Trump hat den Ausstieg der USA aus dem Rüstungskontrollvertrag "Offener Himmel" ("*Open Skies*") mit Russland verkündet. Russland habe den Vertrag nicht eingehalten. Russland verurteilte die Entscheidung als "Schlag" für die Sicherheit Europas. „Open Skies“ war vor 18 Jahren zwischen Russland, den USA und 32 anderen Ländern, meist NATO-Mitgliedern, beschlossen worden. Es erlaubt den Vertragsstaaten eine bestimmte Zahl an kurzfristig angekündigten Aufklärungsflügen im Luftraum der anderen, um damit mehr Transparenz und Vertrauen zwischen den Vertragsstaaten zu schaffen.  
Die NATO-Botschafter wollten am Freitag über Konsequenzen beraten und haben geschlossen die USA gebeten, Vertragspartei zu bleiben. Trump schloss Verhandlungen mit Russland über eine Fortführung des Vertrags nicht aus.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa / Gewerkschaften Frankfurt** - Die Flugbegleiter-Gewerkschaft UFO befürchtet, dass beim staatlichen Rettungspaket für die Lufthansa Arbeitnehmerinteressen zu kurz kommen könnten, weil zum Thema Mitarbeiter- und Kündigungsschutz keine Vorgaben seitens der Regierung gemacht werden könnten. Die Lage für die MitarbeiterInnen seien „dramatisch“, alleine beim Aus von Germanwings stehen tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel. Das Modell der Staatshilfe wird von der Gewerkschaft begrüßt, der Einstieg des Staates mit Sperrminorität sei keine schlechte Lösung.

Auch von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) wird die staatliche Hilfe positiv gesehen, trotzdem es eigentlich galt dies zu vermeiden, sei der mögliche Einfluss des Staates auf unternehmerische Entscheidungen sehr groß. Gefordert wird eine Exit-Strategie, die festlegt, wann der Staat bei der Lufthansa wieder aussteigt.

- **Spanien / Flugverkehr** - In Spanien sind die Einreisen per Flugzeug im April um 99,7% zurückgegangen. Nur 21.327 Einreisen seien registriert worden, nachdem es im April 2019 noch mehr als 7 Mio. gewesen sind. Im vergangenen Jahr verzeichnete Spanien 83,7 Mio. Urlauber, diese gaben 92,3 Mrd. Euro im Land aus. Gedämpft wurden die Hoffnungen auf eine baldige Grenzöffnung durch Verkehrsminister Abalos, der an touristische Aktivitäten ab Ende Juni glaubt.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Hoffnung für die schwer angeschlagene AUA-Mutter: Die Verhandlungen der deutschen Regierung über milliardenschwere Staatshilfen mit der Lufthansa stehen kurz vor der Entscheidung. Die Lufthansa verliert derzeit rund 800 Mio. Euro pro Monat an Barmittel, von den angeblich vorhandenen Barreserven von mehr als 4 Mrd. Euro gehören allerdings 1,8 Mrd. Euro den Kunden, die auf Erstattung für nicht erfolgte Flüge warten.  
Um die Lufthansa durch die Coronakrise zu bringen, sind Steuergelder in der Höhe von rund 9 Mrd. Euro im Gespräch. Eine Direktbeteiligung über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes an der Airline mit 20% sowie ein Darlehen der Staatsbank KfW in der Höhe von 3 Mrd. Euro steht im Raum. Der Bund plant außerdem eine Wandelschuldverschreibung im Wert von 5 % plus einer Aktie, die dem Staat im Fall eines feindlichen Übernahmeversuchs ermöglichen würde, eine Sperrminorität zu erreichen. Zwei Sitze im Aufsichtsrat sollen in Abstimmung mit der deutschen Bundesregierung besetzt werden. Über die Kapitalerhöhungen soll laut Lufthansa eine außerordentliche Hauptversammlung entscheiden, ein Verzicht auf künftige Dividendenzahlungen und Beschränkungen der Managementvergütung ist ebenfalls angedacht.  
Für CSU-Landesgruppenchef Dobrindt begrüßt das Rettungspaket, wobei es wichtig sei, dass die notwendige Staatsferne erhalten bleibe und keine "Halbverstaatlichung" stattfinde. "Ziel ist es, dass der Bund sich auch möglichst schnell wieder aus dem Unternehmen zurückziehen kann, wenn die Krise überwunden ist - auch das ist ein wichtiges Signal an die Luftfahrtbranche und die gesamte Wirtschaft", betonte Dobrindt.  
Die Grünen-Politiker Dröge und Kindler sprachen hingegen von einem "sehr schlechten Deal für die Steuerzahler". Die Regierung lasse sich trotz ihrer Abdeckung der Lufthansa-Verluste bei zentralen Entscheidungen im Unternehmen kaltstellen.  
Lufthansa und Betriebsräte haben am Dienstag eine rasche Entscheidung gefordert und im Fall einer Insolvenz der Lufthansa oder eines Schutzschirmverfahrens vor unkalkulierbaren Risiken gewarnt.  
Die Lufthansa bemüht sich auch in den Ländern ihrer Tochtergesellschaften um staatliche Hilfen. Neben Deutschland betrifft das Österreich mit der AUA, die Schweiz mit Swiss und Edelweiss sowie Belgien mit Brussels Airlines. Die Rettung der Lufthansa gilt auch als Bedingung für die Rettung der AUA. Deren Vorstand will vom österreichischen Staat 767 Mio. Euro.
- **Türkei / Flugbetrieb / Turkish Airlines / Pegasus** - Die halbstaatliche türkische Fluggesellschaft Turkish Airlines hat ihren Flugstopp verlängert. Die Inlandsflüge werden nun bis 4. Juni ausgesetzt, internationale Flüge bis 10. Juni. Die Fluglinie Pegasus teilte mit, sie werde ihre Flüge bis 3. Juni aussetzen. Passagiere dürfen bei Turkish Airlines künftig außer Handtaschen kein Gepäck in die Kabine mitnehmen, die erlaubte Handgepäck-Kilomenge wird dem aufzugebenden Gepäck zugerechnet. Die Türkei hofft im Juni wieder auf Urlauber. Der Tourismus ist eine Haupteinkommensquelle für das Land, dessen Wirtschaft und Währung seit längerem schwächeln.
- **Belgien / EU / Leitlinien für Flugreisende** - Die EU hat Leitlinien zu Flugreisen vorgelegt. Passagiere und Bordpersonal sollen medizinische Schutzmasken tragen, zudem müssten Abstandsregeln "im Rahmen des Möglichen" eingehalten werden. Ziel sei es, dass sich die Reisenden auf den Flügen sicher fühlen. Ausnahmeregelungen seien für Kinder unter sechs Jahren denkbar, die Masken sollen alle vier Stunden gewechselt werden. Zur Einhaltung der Sicherheitsabstände (1,5 m) soll möglichst ein Sitz pro Reihe oder jede zweite Reihe im Flugzeug freigelassen werden und das Bordservice auf das Nötigste beschränkt werden.

Die Internationale Luftverkehrsvereinigung (IATA) warnte Anfang Mai vor "dramatischen Kostensteigerungen", die Abstandsregelungen in Flugzeugen könnten die Wirtschaftlichkeit der Luftfahrt grundlegend verändern, die Tickets würden erheblich teurer werden.

- **Großbritannien / Easyjet** - Easyjet will ab 15. Juni wieder erste Flüge – hauptsächlich innerhalb von Großbritannien – anbieten, insgesamt sollen 22 Flughäfen, darunter London-Gatwick, Edinburgh, Glasgow und Belfast angefliegen werden. Passagiere, Besatzung und Bodenpersonal sollen Masken tragen.  
Easyjet ist auch von einem Hackerangriff betroffen, Unbekannte haben sich Zugang zu E-Mail-Adressen und Reisedetails von etwa 9 Mio. Kunden verschafft, bei über 2.200 Kunden wurde auf Daten von Kreditkarten zugegriffen.

### Mittwoch, 20. Mai 2020

#### Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Die AUA dürfte statt der angesuchten 767 Mio. Euro Staatshilfe „nur“ rund 650 Mio. Euro benötigen. Ein COFAG-garantierter Bankkredit über rund 300 Mio. Euro soll bis 2026 laufen, der Rest soll je zur Hälfte auf eine Eigenkapitalspritze der Republik Österreich und auf einen Zuschuss der Lufthansa entfallen. Ursache des etwas geringeren Hilfsbedarfs sei die früher als ursprünglich gedachte Wiederaufnahme des Flugbetriebs. Die positive Fortbestandsprognose der Wirtschaftsprüfer sei ebenfalls in Griffweite gerückt. Am 26. Mai gebe es einen weiteren Termin zwischen Vorstand und den Wirtschaftsprüfern.  
AUA-Führung und Regierung haben am Mittwochabend über die Staatshilfen und Standortvereinbarungen weiterverhandelt. Die Gespräche sollen am Wochenende weitergehen, auch Vertreter der Staatsholding ÖBAG und der Finanzierungsgesellschaft COFAG werden dabei sein. Tagsüber hat heute der Aufsichtsrat die aktuelle Lage beraten, wobei das O.K. des Bordpersonals zum Krisenbeitrag des Personals ebenso für Entspannung gesorgt hat, wie die mit Lieferanten und Partnern vereinbarte 20%ige Kostenreduktion.  
Das Eckpunktepapier des Betriebsrates Bord umfasst in der Zeit der Kurzarbeit einen Verzicht des Personals von 5% bis 15% der Gagen, sozial gestaffelt. Geplant sei aber, ab 2024 - sofern es dem Unternehmen dann gut geht - den Mitarbeitern Teile der eingesparten Gagen zurückzuzahlen. Solange Kurzarbeit läuft, wird kein Personal abgebaut, nachdem aber die Zahl der Flugzeuge um 20 reduziert werden soll, hätte die AUA dann rund 1.100 Mitarbeiter zu viel.  
Die AUA hat die Flugpause bis 14. Juni verlängert, hofft aber danach den Flugbetrieb in einem ersten Schritt wieder aufnehmen zu können, da die Nachfrage nach Geschäftsreisebuchungen langsam wieder anlaufe. Ab dem Hochsommer könnte es auch im Charter wieder zu ersten Urlaubszielen gehen, die Nachfrage dürfte aber im Sommer trotzdem nur 25% bis 50% des Niveaus von vor der Coronakrise erreichen.
- **Flughafen Wien / Laudamotion** - Laudamotion ist lt. einer Pressemeldung bei der Kündigung von 89 Mitarbeitern Ende März ein Fehler unterlaufen, die Kündigungen seien beim AMS-Frühwarnsystem nicht erfolgt und auch Kündigungsfristen nicht eingehalten worden. Die Abmeldung der Mitarbeiter bei der Gesundheitskasse sei damit rechtlich gesehen nichtig. Das AMS NÖ hat zudem eine Anzeige wegen Verdachts des Lohn- und Sozialdumpings bei der Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha gegen Laudamotion eingebracht.  
Bei Laudamotion geht es um den Fortbestand der Firma bzw. der Wiener Basis. Der Druck auf die Belegschaft ist enorm, die Pilotenvereinigung ACA spricht von ausbeuterischen Dienstplänen und warnte davor, dass das Sicherheitsnetz mit dem neuen KV löchriger werde.
- **Flughafen Wien / ACG / FPÖ / Grüne** - Die grüne Verkehrsministerin Gewessler hat mit einer Personalentscheidung aufhorchen lassen. Die Juristin Mag. Katharina Levina-Rabl wurde als Aufsichtsratsmitglied der Flugsicherung Austro Control abberufen und Katrin Tausz, eine Aktivistin der Grünen in dieses Gremium entsandt. Für FPÖ-Verkehrssprecher Hafenecker eine ebenso skandalöse Entscheidung wie Vorgangsweise.

Das Angebot des Ministeriums habe gelaute, entweder freiwilliger Rücktritt oder Abberufung durch die Ministerin und war somit ein politischer Willkürakt in Grün. Es drohe die Gefahr, dass die Ministerin, die als Global-2000-Mitarbeiterin an der Spitze der Bürgerinitiative gegen die 3. Piste am Flughafen Wien gestanden war, dieses Ziel nun durch die Entsendung von „Aktivistinnen“ in einflussreiche Positionen der Luftfahrt weiter verfolge.

- Österreich / Flugverkehr / Reisebeschränkungen** - Kommen Österreicher aus dem Ausland zurück, gelten wegen der Corona-Pandemie weiterhin die allgemeinen Regeln: Vorweis eines ärztlichen Gesundheitszeugnis, das nicht älter als vier Tage ist und Covid-19-Freiheit bescheinigt, oder 14-tägige Heimquarantäne nach der Einreise. Diese Bestimmungen gelten auch für den Flugverkehr, es wird lückenlos überprüft und überwacht. Wenn während der Quarantäne ein Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dieser negativ ausfällt, kann die Quarantäne beendet werden. Die Bestimmungen sind für die einzelnen Länder durchaus unterschiedlich:

*Italien / Slowenien:* An den Grenzen zu Italien und Slowenien wird weiterhin jedes Fahrzeug kontrolliert. Einen Zeitplan für eine Lockerung der Grenzkontrollen mit Italien und Slowenien gibt es aktuell nicht.

*Deutschland / Schweiz / Liechtenstein:* Zu diesen Ländern sind alle Grenzübergänge - bei stichprobenartigen Kontrollen - gegenseitig wieder offen. Die Ausnahmen für Fahrten nach Deutschland sind erweitert worden: Österreicher, die in Deutschland einen Schrebergarten besitzen, können wie Pendler inzwischen auch ohne ärztliches Attest dort hingelangen. Eine vollständige Grenzöffnung ohne Kontrollen hat Österreich mit Deutschland und der Schweiz ab Mitte Juni vereinbart.

*Tschechien, Slowakei, Ungarn:* Österreich plant mit den drei Ländern eine abgestimmte gemeinsame Grenzöffnung Mitte Juni. Tschechien hatte eine Lockerung der Einreisebestimmungen bereits ab 8. Juni angekündigt, die Slowakei und Ungarn halten an ihrem strengen Einreise-Regime fest. Zu den drei Nachbarstaaten sind noch nicht alle Grenzübergänge wieder passierbar.
- Flughafen Wien / Flugverkehr / Flugverkehrssicherheit / Laudamotion** - 2017 war das sicherste Jahr der Luftfahrt weltweit, seither verschlechtert sich die Bilanz wieder.

Mit dem neu vorgelegten Kollektivvertrag bei Laudamotion würde das Sicherheitsnetz schlechter werden. Der neue Vertrag sieht 5 Tage fliegen und dann 3 Tage frei vor. Es kann dabei nachweislich zu einer Akkumulation von Schlafdefiziten kommen, verheerende sicherheitsrelevante Folgen könnten entstehen. Renommierete Airlines verfügen über Safety Algorithmen die verhindern, dass solch ein Dienstplan überhaupt erstellt wird. Gestrichen wurde der Sonderurlaub für Geburt eines Kindes, oder bei einem Todesfall. Urlaub, der der Erholung dienen soll kann dazu verwendet werden, ausbeuterische Dienstpläne zu kompensieren. Piloten, die den Dienstplan und ihre Kollegen unnötig stören, müssen die Tage im Folgemonat einarbeiten, Vordienstzeiten werden abgeschafft. Die Verluste für vor allem junge Copiloten und Copilotinnen wären eklatant, sie müssten mit 2/3 des bisherigen, ohnehin nicht üppigen Gehalts, auskommen.
- Flughafen Wien / ACG** - Im Aufsichtsrat der ACG sind zwei Mandate neu besetzt worden. Davor hatte es durch den Rücktritt des als FPÖ-nahe geltenden Aufsichtsratschefs Walch sowie durch die eigentümerseitige Abberufung der Anwältin Levina-Rabl zwei Abgänge gegeben.

Klima- und Verkehrsministerin Gewessler (Grüne) hat heute, Mittwoch, nun Karin Tausz und Rudolf Pendl als neue Aufsichtsräte bestellt. Tausz leitet derzeit bei der ÖBB Infrastruktur AG den Bereich Unternehmensentwicklung, Pendl ist Gründer einer Anwaltskanzlei und auf Luftfahrt-, Handels-, Wettbewerbs- und Gesellschaftsrecht sowie Datenschutz spezialisiert.

Von Seiten der Kapitalgeber gehören dem Aufsichtsrat Günther Ofner, Kathrin Glock, Elisabeth Landrichter, Karin Vorauer-Mischer und nunmehr Karin Tausz und Rudolf Pendl an. Dazu kommen noch drei Mitglieder der Belegschaftsvertretung. Das Gremium soll zeitnah seinen Vorsitz wählen, interimistisch leitet derzeit Flughafen-Wien-Vorstand Ofner den Aufsichtsrat der Flugsicherung.
- Flughafen Wien / Laudamotion** - Laudamotion hat der Gewerkschaft vida 24 Stunden Zeit gegeben, den vom Unternehmen geforderten Kollektivvertrag zu unterzeichnen, um die 300 Jobs in Wien zu retten. Vida hält Teile des KV-Entwurfes für gesetzeswidrig und sicherheitsgefährdend, auch würden die Beschäftigten in die Armut getrieben.

Spricht Laudamotion bei der "junior cabin crew" von einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 24.450 Euro und bei erfahrenen Piloten von rund 9.500 Euro brutto im Monat, verweist die Gewerkschaft darauf, dass es nur 1.000 Euro fixes monatliches Grundgehalt gebe, das entspreche knapp 850 Euro netto, wobei hier schon die Nacht-, Wochenend-, Feiertags- und Überstundenpauschale enthalten sei. Hinzu komme u.a., dass Mitarbeiter weniger freie Tage bekommen, wenn sie sich fluguntauglich melden und unbezahlten Urlaub nehmen müssen, wenn keine hohe Betriebsauslastung besteht. Der Kostenersatz ab dem zweiten Jahr decke nicht einmal alle Kosten, die für Uniform, Lizenz und anderes anfallen.

Die Wirtschaftskammer schein einen Gegenvorschlag der Gewerkschaft nicht anzunehmen. „Die WKÖ leiste den Erpressungs- und Dumpinglohnspielen der Airline unreflektiert Folge“, so vida. Die Entscheidung über die Schließung der Basis in Wien liegt in der alleinigen Verantwortung des Airline-Managements, wobei Lauda bereits den günstigsten Kollektivvertrag in Österreich habe und die Personalkosten der Billigairline vom Staat über die Kurzarbeit in Millionenhöhe subventioniert werden.

- Flughafen Wien / Transportwirtschaft / AUA** - Während das Geschäft der Transportwirtschaft in den vergangenen Jahren eher stagnierte, ging es im heurigen zweiten Quartal nur steil nach unten. Dies gilt für die Nachfrage genauso wie für den Auftragsbestand, die Preiserwartungen und den Beschäftigtenstand. 91% aller Transporteure haben derzeit einen Umsatzrückgang, drei Viertel sind von Stornierungen betroffen, ein knappes Drittel muss Personal abbauen. Besonders betroffen sind Taxis, Autobusse, Eisenbahnen und die Schifffahrt. Besonders wichtig sei die Erhaltung der AUA für den Luftverkehrshub Wien, viele andere Flughäfen würden bereits in den Startlöchern scharren, wenn Österreich diesen Standortvorteil verliere.

Der Obmann der Bundessparte Transport und Verkehr in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) Klacska geht auf Basis einer Befragung von über 700 Betrieben der Sparte Transport und Verkehr Mitte April davon aus, dass für 55% der Unternehmen die Umsatzrückgänge 2020 zwischen 20% und 30% liegen könnten, Hauptproblem sei die Liquidität, 40% der Unternehmen hätten hier bereits Engpässe, 31% müssen Personal abbauen. Die Arbeitslosenzahlen gingen bei Taxi-, Autobus- und Seilbahnunternehmen sowie im Eisenbahnverkehr und in der Schifffahrt im März und April um mehr als 100% hinauf, Kurzarbeit sei eine wichtige Unterstützungsmaßnahme für die Branche. Die Fahrleistung der LKW auf Autobahnen und Schnellstraßen ging im April um 24% zurück, die Neuzulassungen von LKW und Sattelzugfahrzeugen ist im März und April um 50% gegenüber den Vorjahreszahlen eingebrochen, der Flughafen Wien verzeichnete im März 65,8% weniger Passagiere als noch im Vorjahr, im April lag der Einbruch der Passagierzahlen bei 99,5%.

Branchenspezifische Hilfen, wie z.B. Anreize für Investitionen in die CO<sub>2</sub>-Reduktion und die Maut stärker zu spreizen und ökologischer zu gestalten, seien dringend erforderlich. Auch Investitionen in immer schadstoffärmere Diesel-Lkw müssen sich lohnen, die Tarife für Euro 6 Fahrzeuge sollen ebenso gesenkt, wie eine eigene, günstige Mautkategorie für Autobusse geschaffen werden. Die Valorisierung der Maut solle 2021 ausgesetzt werden.
- Flughafen Wien / Russland / GAC-Flüge** - Zwei Privatjets aus Russland sind trotz eines Verbots im Mai auf Basis von Ausnahmeregeln in Österreich gelandet und wieder abgeflogen. Eine Sprecherin des zuständigen Gesundheitsministeriums bestätigte sowohl die Landung einer Bombardier Global 6000 in Wien als auch einer Gulfstream G650 in Salzburg. Die Bombardier Global 6000 sei zu Wartungszwecken aus Moskau nach Wien gekommen, die Gulfstream G650 habe Koffer und andere Sachen von Zweitwohnbesitzern in Österreich abgeholt.
- Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Die Rettung der AUA ist lt. Finanzminister Blümel ÖVP) auf einem guten Weg, Gegenleistungen seien seitens der Airline für die staatliche Hilfe erforderlich. Für FPÖ-Bundessparteiohmann Hofer könne das nur eine Beteiligung der Republik Österreich an der AUA im Ausmaß einer Sperrminorität sein, da nur dadurch die Zukunft des Wiener Flughafens als Langstreckenhub sichergestellt werden könne. Anteile an der Lufthansa im „homöopathischen“ Bereich würden diesbezüglich nichts bringen. Steht die AUA wieder auf sicheren Beinen, sollen die Staatsanteile dann wieder abgestoßen werden.

## **Internationales:**

- Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Bezüglich der Modalitäten eines Rettungspaketes haben sich Lufthansa und deutsche Bundesregierung geeinigt, Bundeskanzlerin Merkel rechnet „in Kürze“ mit einer Entscheidung. Der Bund solle sich mit 25% plus einer Aktie an der Lufthansa beteiligen, zwei Aufsichtsräte sollen von der Bundesregierung besetzt werden. Alle staatlichen Hilfen erreichen eine Höhe von 9 Mrd. Euro.

Der in den vergangenen Wochen ausgebrochene Streit in der Großen Koalition drehte sich um die Frage, wie viel Mitsprache der Bund künftig bei der Fluglinie haben sollte. Der Wirtschaftsflügel der Union, Verkehrsminister Scheuer und Bayerns Ministerpräsident Söder (beide CSU) präferierten eine stille Beteiligung bei der Lufthansa ohne Aufsichtsratssitze, die SPD-Fraktion und Finanzminister Scholz drängten auf eine größere Mitbestimmung in Personalfragen und bei ökologischen Maßgaben. Der Einstieg des deutschen Staates müsste im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung noch von den Aktionären genehmigt werden. Derzeit verbrennt die Lufthansa 1 Mio. Euro pro Stunde, über 90% der Flugzeuge stehen am Boden. Die Rettung der Lufthansa gilt auch als Bedingung für die Rettung der AUA in Österreich, die vom österreichischen Staat 767 Mio. Euro haben möchte. Die Lufthansa hat sich neben Österreich auch für die Tochter-Gesellschaften Swiss, Edelweiß und Brussels Airlines in der Schweiz und Belgien um staatliche Hilfe beworben.
- Deutschland / Flugreisen / Sicherheit** - Sobald Flugreisen wieder weniger eingeschränkt möglich sind, stellt sich die Frage, wie hoch die COVID-19-Ansteckungsgefahr in Flugzeugen ist. Faktum ist, dass die Luft in den Flugzeugkabinen alle 2 bis 3 Minuten erneuert wird, was der Luftqualität in Krankenhäusern gleichkommt, die Klimaanlage sind keinesfalls Virenschleudern, sondern Teil eines Systems, das für die Bedürfnisse der Passagiere die entsprechenden Luftverhältnisse herstellt und mit einer 99,97%-igen Wahrscheinlichkeit Partikel, wie z.B. das Coronavirus entfernt. Da Infektionen durch Anhusten und direktem Kontakt entstehen, sei es wichtig, dass alle Passagiere Masken tragen und alle Hygienemaßnahmen beachten.
- Deutschland / staatliche Hilfen / Condor** - Der deutsche Ferienflieger Condor wird bis zum Beginn der Sommerferienzeit das Flugprogramm auf rund 40% des ursprünglich geplanten Verkehrs hochfahren. Geplant sind 300 wöchentliche Verbindungen zu 29 Destinationen von 8 deutschen Flughäfen. Aktuell fliegt Condor von Frankfurt nach Mallorca, Teneriffa und Gran Canaria sowie Erntehelferflüge nach Osteuropa. Die 16 Langstreckenjets sind alle im Frachtverkehr nach China eingesetzt.

Condor musste erneut mit einem staatlichen Überbrückungskredit gerettet werden, nachdem die PGL-Übernahme geplatzt war und sich die Fluggesellschaft nach der Pleite des Thomas-Cook-Konzerns im September 2019 in ein Schutzschirmverfahren begeben hatte.
- Deutschland / Flughafen Tegel** - Der Berliner Flughafen Tegel kann lt. Beschluss des Bundes und der Länder Berlin und Berlin Brandenburg am 15. Juni für zwei Monate außer Betrieb gehen, so sich die Passagierzahlen nicht deutlich erholen. Der entsprechende Antrag bei der Luftfahrtbehörde ist schon gestellt. Die Einnahmehausfälle liegen im dreistelligen Millionenbereich, der Flughafen Tegel registrierte noch 2019 mehr als 24 Mio. Passagiere, zuletzt waren es auf den Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld nur noch rund 2.000 Passagiere pro Tag.

Am 31. Oktober soll der neue Hauptstadtflughafen BER in Schönefeld eröffnet werden, am 8. November das letzte Flugzeug von Tegel abheben. Hunderttausende Berliner werden vom Fluglärm entlastet, wegen der Innenstadtnähe hatte in einem Volksentscheid noch 2017 die Mehrheit für ein Weiterbetreiben des Flughafens votiert.

## **Dienstag, 19. Mai 2020**

### **Österreich:**

- Flughafen Wien / Laudamotion** - Laudamotion versucht die Gewerkschaft unter Druck zu setzen, einem neuen Kollektivvertrag mit deutlich schlechteren Konditionen zuzustimmen.

Die Wirtschaftskammer hat den Forderungen bereits zugestimmt und begründet dies damit, dass am heimischen Flugstandort möglichst viele Jobs erhalten werden sollen.

Die Laudamotion-Chefs haben nun Finanzminister Blümel (ÖVP) aufgefordert, die Gewerkschaft zur Zustimmung zu bewegen. Sie hätten wenig Hoffnung, dass die Gewerkschaft den neuen KV, der die Basis für die Erhaltung von 300 Jobs in Wien sei, unterschreiben werde. In diesem Fall werde die Laudamotion-Basis in Wien am 30. Mai schließen und Laudamotion sei die zweitgrößte Fluglinie in Wien. Die Gewerkschaft vida wirft der Airline und der Wirtschaftskammer vor, „*Totengräber von Löhnen zu sein, von denen man leben kann*“.

Ryanair-Chef O'Leary hatte ein Ultimatum gestellt, sollten die von ihm geforderten neuen Arbeitsbedingungen mit Lohnkürzungen um etwa 20 % nicht bis morgen, Mittwoch, akzeptiert werden. Laut Laudamotion haben *„über 95 % der in Wien stationierten A320-Piloten und über 70 % des Kabinenpersonals individuell einen neuen adaptierten Kollektivvertrag akzeptiert“*.

Die Gewerkschaft werde sich nicht erpressen lassen und einen KV unterzeichnen, der ein Netto-Einstiegsgehalt für FlugbegleiterInnen beinhalte, das mit 848 Euro unter der Mindestsicherung in Wien (917 Euro) und unter der Armutsgefährdungsschwelle von 1.259 Euro im Monat für eine Person liege. Vida werde noch heute der Wirtschaftskammer einen Gegenvorschlag machen. Österreich habe mit der Corona-Kurzarbeit ein Instrument geschaffen, mit dem Republik und SteuerzahlerInnen die Personalkosten für die Arbeitgeber bis zu 6 Monate übernehmen. Einen derartigen Druck wie Laudamotion auf die Belegschaft auszuüben sei nicht notwendig, auch Laudamotion bekomme aus dem Kurzarbeitstopf Gelder zur Abdeckung der Personalkosten während des Corona-Grundings.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Die Verhandlungen zwischen Regierung und AUA um Staatshilfen laufen seit Wochen. Finanzminister Blümel (ÖVP) informierte, dass man Schritt für Schritt vorankomme. Gestern präsentierte die AUA den PwC-Wirtschaftsprüfern den Businessplan für einen Neustart, die Wirtschaftsprüfer könnten eine Nachfrist für die Fortbestehensprognose setzen, am Mittwoch berät dann der Aufsichtsrat der AUA die weitere Vorgehensweise.
- **Flughafen Wien/Schwechat (APA)** - Der Flughafen Wien hat - ausgelöst durch die Coronakrise - im 1. Quartal 2020 bei Umsatz, Ergebnis sowie den Passagierzahlen deutliche Einbußen hinnehmen müssen. Das Passagierminus von Jänner bis März lag bei rund 19%, im April betrug es fast 100%. Die Zahl der Flugbewegungen sank im 1. Quartal 2020 auf 48.613 Starts und Landungen (-14%). Die durchschnittliche Auslastung (Sitzladefaktor) ging von 70,7% auf 65,3% zurück. Das Frachtaufkommen (Luftfracht und Trucking) sank auf 63.184 Tonnen (-5%).  
Aktuell finden am Flughafen Wien nur wenige Linien- und Frachtflüge statt, die Flughafenvorstände gehen davon aus, dass es einige Zeit brauchen werde, bis die Luftfahrt wieder das Niveau der letzten Jahre erreicht haben wird.  
Kumuliert von Jänner bis April 2020 ging das Passagieraufkommen der Flughafen-Wien-Gruppe (Flughafen Wien, Malta Airport und Flughafen Kosice) um 44,4% auf 6,0 Mio. Reisende zurück. Am Flughafen Wien war ein Minus von 44,0% auf 4.932.220 Reisende festzustellen.  
Im April 2020 ging das Passagieraufkommen am Flughafen Wien um 99,5% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres auf 12.632 Reisende zurück. Die Flugbewegungen gingen mit 95,8% ebenfalls massiv zurück. Das Frachtaufkommen sank um 38,2% im Vergleich zum April des Vorjahres. Auch am Flughafen Malta ging das Passagieraufkommen im April 2020 um 99,6% zurück, am Flughafen Kosice kam der Linienflugbetrieb vollständig zum Erliegen.  
Der Umsatz sank im 1. Quartal 2020 auf 161,4 Mio. Euro (-9%), das Nettoergebnis brach um mehr als ein Drittel auf 16,1 Mio. Euro ein (-36,6%). Das Betriebsergebnis (EBIT) verschlechterte sich auf 26,4 Mio. Euro (-31%), das EBITDA ging um 17,7% auf 59,0 Mio. Euro zurück. Durch die bereits eingeleiteten Spar- und Liquiditätssicherungsmaßnahmen, wie Kurzarbeit für alle Beschäftigten, Kostenreduktionen und Verschiebung von größeren Investitionen, sieht sich der Flughafen Wien dennoch gut gerüstet, die Coronakrise gut zu überstehen.

Im 1. Quartal 2020 wurden 21,9 Mio. Euro investiert. Terminalentwicklungsprojekte kosteten 6,9 Mio. Euro, die Verbindungsbrücke zum Parkhaus 3 kostete 1,6 Mio. Euro, Flugzeugschlepper 1,3 Mio. Euro, Grundstücke 1,6 Mio. Euro und neue Werbeflächen EUR 1,0 Mio. Euro. Am Flughafen Malta wurden im 1. Quartal 2020 EUR 1,8 Mio. investiert.

### **Internationales:**

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Die Lufthansa und ihre Betriebsräte fordern rasche Entscheidungen zu den geplanten staatlichen Hilfen. Die Arbeitnehmervertreter warnen vor einer Insolvenz, oder einem Schutzschirmverfahren mit unkalkulierbaren Folgen. Der Lufthansa-Vorstand erwartet ein Finanzierungskonzept, das zwischen Wirtschaftsstabilisierungsfonds und der Bundesregierung abgestimmt sei. Die Belegschaft wurde auch auf „schmerzhafte Restrukturierungen“ eingestimmt, auch 2021 sei damit zu rechnen, dass rund 300 der 760 Konzernflugzeuge am Boden bleiben werden. Die Krise werde erst 2023 überstanden sein, die Lufthansa werde dann mit rund 660 Flugzeugen operieren. Bei den Service-Gesellschaften LSG Sky Chefs und der Lufthansa Technik müssten wegen dem Auftragsausfall viele Stellen reduziert werden.
- **Großbritannien / Easyjet** - Easyjet ist das Ziel eines Hackerangriffs geworden, die E-Mail-Adressen und Reisedetails von ca. 9 Mio. Kunden seien betroffen. Es gebe keine Hinweise darauf, dass die Informationen missbraucht worden seien. Bei 2.200 Kunden wurde auch auf die Kreditkartendaten zugegriffen. Easyjet will die Betroffenen kontaktieren, wer keine Nachricht bekomme, sei auch nicht betroffen. Angaben, wer hinter dem Hackerangriff steckt, gab es nicht.
- **Spanien / Italien / Flug- und Fährverkehr** - Die spanische Regierung lässt nach zwei Monaten wieder Flüge und Fährenverbindungen in Richtung Italien zu, Kreuzfahrten bleiben weiterhin verboten. Ausländer, die nach Spanien einreisen wollen, müssen weiterhin zwei Wochen in Quarantäne. Italiener dürfen sich nun wieder ohne Beschränkungen in ihrer Heimatregion bewegen. Landesweit wird das erst ab dem 3. Juni möglich sein, die Fährverbindungen Richtung Sizilien starteten am Montag. Die Regierung ist dem Druck italienischer Regionen ausgesetzt, die die Aufhebung der Reisebeschränkungen mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit des Tourismus für Italien vorverlegen möchten. Die Regierung in Rom ruft die EU-Länder zur Aufhebung der Reisebestimmungen und zum Neustart des Tourismus auf.
- **USA / Flugverkehr / Delta Air Lines** - Delta Air Lines will mehr Flüge anbieten als die Nachfrage rechtfertigen würde, um die Maschinen bis mindestens Juli weiterhin zu nicht mehr als 60% ausgelastet zu halten. An den Einsatz größerer Maschinen sei dafür nicht gedacht. Im Juni sollen mehrere wichtige Flugverbindungen wieder aufgenommen werden.